

WESTFALENHÜTTE





WERKZEITSCHRIFT
DER WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND
NR. 10 · 5. JAHRGANG · OKTOBER 1953



Unsere Bilder:

Titelbild:
In der Springorum-Siedlung
Nebestehend:
Pröhlken am Fenster
Dritte Umschlagseite:
Unbeschwerte Jugend

Aus dem Inhalt:

Unser Siedlungsbau
Motorisierung hinkt nach
Außenhandel und Seeschifffahrt
Unsere Ehrentafel
Wir kommentieren und glossieren
Die Krankenkasse gibt Rechenschaft
Bunte Abende
O Täler weit, o Höhen . . .
Praktische Winke für die Frau
Jugend hinter Gittern
Rollender Ausklang

Unsere Beilagen:

Der Geburtstagsstrauß
Unsere Preisausschreiben

Herausgeber: Westfalenhütte AG,
Dortmund, Eberhardstraße 12;
Verantwortlich für den Gesamttext:
Arbeitsdirektor Alfred Berndsen,
Dortmund, Eberhardstraße 12;
für „Betriebsvertretung“:
Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke,
Dortmund, Eberhardstraße 2;
Redaktion: Johannes Hoischen,
Dortmund, Stahlwerkstraße 119;
Expedition: Pressestelle,
Dortmund, Stahlwerkstraße 119.
Gen. v. Wi.-Min. NRW. 7100/III 775 v. 18. 2. 1949
Druck: Westfalendruck, Dortmund.
Auflage: 15 000.
Nachdruck gern erlaubt, doch bitten wir,
vor dem Abdruck die Redaktion zu verständigen.
Die Veröffentlichungen stellen nicht in jedem
Falle die offizielle Meinung von Vorstand, Be-
triebsvertretung und Redaktion dar. Die pressege-
setzliche Verantwortung wird voll übernommen.





UNSER SIEDLUNGSBAU



*im Rahmen
der Wohnungsbeschaffung*



In der Franz-Zimmer-Siedlung

Die Wohnungsnot ist auch heute, acht Jahre nach dem Zusammenbruch, noch eine echte große Not. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß in Nordrhein-Westfalen etwa ein Drittel aller Wohnungen zerstört wurde und daß dazu etwa 10 Millionen Flüchtlinge Aufnahme in der Bundesrepublik gefunden haben. Wenn wir heute in unserem Werk noch über 2500 wohnungsuchende Belegschaftsmitglieder haben, so liegt das daran, daß der weitaus größte Teil der Belegschaft ausgebombt wurde. Außerdem hat sich die Belegschaft seit der Währungsreform verdoppelt; die Neueingestellten waren auch meist ohne ausreichende Wohnung.

Die Hütte schafft viel und vielerlei

Auf verschiedene Weise wird der Wohnungsnot zu Leibe gerückt. Das Werk hat zunächst zerstörte Werkswohnungen wiederaufgebaut. Ferner wurde durch Bereitstellung erheblicher Mittel der Bau werksgebundener Wohnungen gefördert, und zwar über Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften, über Wohnungsgenossenschaften und auch über Beteiligung

am privaten Wohnungsbau. Zu den über Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften erstellten Wohnungen gehören auch solche Wohnungen bzw. Häuser, die in das Eigentum der Bewohner (Siedler) übergehen. Wenn wir die verschiedensten Formen des Wohnungsbau fördern, so geschieht das aus der Überlegung heraus, daß man den Wohnungsbau nicht konfektionieren sollte, daß man vielmehr — soweit möglich — jeder Familie hinsichtlich der Art, wie sie zu wohnen wünscht, gerecht werden sollte: Die einen wünschen die Mietwohnung in der Stadt, die anderen suchen die Befriedigung ihrer Wohnungsbedürfnisse im genossenschaftlichen Wohnungsbau, wieder andere erstreben ein Eigenheim oder eine Kleinsiedlerstelle und sparen schon jahrelang dafür.

Wohnungsnot und Wohnraumbewirtschaftung haben leider fast vergessen gemacht, daß der wohnungsuchende Mensch selbst letzten Endes zu entscheiden hat, welche Wohnform seinen Bedürfnissen entspricht. Daß in Zeiten großer Not den persönlichen Bedürfnissen nicht immer entsprochen werden kann, liegt auf der Hand. Die Bedürfnisse des einzelnen sollten aber auch im Wohnungsbau Richtschnur bleiben.

So zerbombt waren unsere Häuser

Die schwierigste und aufwendigste Art der Wohnungsbeschaffung ist zweifellos die Schaffung von Eigenheim- und Siedlungsbauten, in der viele die ideale Lösung sehen. Da auf diese Weise nicht die Masse der Wohnungsuchenden bei uns bedient werden konnte und zum Teil auch gar nicht wollte, mußte vorwiegend der Bau mehrgeschossiger Miethäuser gefördert werden. Es wurde dadurch der schnellste und größte Effekt erzielt. Darauf kommt es in Notzeiten an. Unser Hauptaugenmerk haben wir trotz notwendiger Beachtung von Kostenersparnismöglichkeiten darauf gerichtet, daß ausreichend große Wohnungen geschaffen wurden. Maßgebende Fachleute haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Schaffung von Klein- und Kleinstwohnungen eine Fehlentwicklung des sozialen Wohnungsbaues ist. Sie ist ebenso abzulehnen wie der Bau von sogenannten Schlichtwohnungen.

Die staatliche Lenkung und Förderung

Die werksseitige Förderung des Wohnungsbaues erfolgt unter gleichzeitiger Inanspruchnahme der staatlichen Förderungsmöglichkeiten. Eine staatliche Lenkung und Förderung des Wohnungsbaues gibt es seit kurz nach der Jahrhundertwende, intensiver jedoch erst seit Ende des ersten Weltkrieges. Die Industrie war bereits einige Jahrzehnte früher an die planmäßige Errichtung von Wohnungen für ihre Werksangehörigen herangegangen. Eine der markantesten Siedlungen dieser Art ist die von Krupp errichtete „Margaretenhöhe“ in Essen. An der Saar gab es bereits um die Jahrhundertwende einige tausend Bergmanns-Eigenheime, die Dank besonderer Förderung der Zechenverwaltungen erstellt werden konnten.

Der staatlichen Siedlungsförderung liegt der Gedanke zugrunde, echtes Streben nach Eigentum zu unterstützen und dadurch gleichzeitig dem Sparwillen Anreiz zu geben, wodurch wiederum zusätzliche Finanzierungsquellen dem Wohnungsbau erschlossen werden. Dem Menschen, der noch der Natur verhaftet ist, soll Gelegenheit gegeben werden, die Verbindung mit dem Segen des Bodens aufrechtzuerhalten. Daß jeder, der sich an einer solchen Siedlung beteiligt — und das gilt auch für unsere Werksiedlung in Kirchderne —, sich einer gewissen Ordnung einfügen muß, ist selbstverständlich. Anders kann die Schönheit des Gesamtcharakters einer Siedlung nicht gewahrt bleiben. Für Egoisten und Eigenbrötler ist



Unsere Siedlungen
werden unter Einschaltung
von Selbsthilfe gebaut



in einer Siedlung kein Raum. Bei der Planung einer Siedlungsanlage sind eine Fülle von grundlegenden Überlegungen anzustellen: Die Siedlung muß verkehrstechnisch günstig liegen; der Weg zur Arbeitsstelle darf nicht zu umständlich sein; die Hausfrau muß ausreichende Einkaufsmöglichkeiten haben; für die Kinder dürfen die Schulen nicht zu weit liegen; nach Möglichkeit sollen auch Kindergärten für die Kleinkinder vorhanden sein; Strom, Gas und Wasser müssen erreichbar und der Wasserabfluß muß gewährleistet sein.

Unsere Franz-Zimmer-Siedlung

In Kirchderne haben wir auf einem Gelände, das im wesentlichen im Eigentum des Werkes stand, gleich nach der Währungsreform mit dem Bau einer größeren Werkssiedlung (Franz-Zimmer-Siedlung) begonnen. Die Beschaffung der auf diesem Gelände noch in fremder Hand befindlichen Grundstücke hat erhebliche

Auf eigener Scholle



Schwierigkeiten bereitet. Über Schwierigkeiten bei Beschaffung von Bauland, insbesondere für Siedlungen, wird seit langem Klage geführt. Zur Erleichterung der Beschaffung von Wohn- und Siedlungsgelände hat der Bundestag im Juni d. J. das Baulandbeschaffungsgesetz verabschiedet. Es ist wesentlich dazu bestimmt, zu verhindern, daß die Durchführung des sozialen Wohnungsbaues an der Baulandknappheit scheitert. Vor allem gilt dies für die Förderung der Kleinsiedlungs- und Eigenheim-Baumaßnahmen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes dient es nicht nur der Förderung des Wohnungsbaues allgemein, sondern erklärt als gleich wichtig die Verbindung breiter Volksschichten mit dem Grund und Boden als Ziel und Zweck des Gesetzes. In unserer Siedlung sollen diejenigen Werksangehörigen, die das Bedürfnis haben, der Stadtenge zu entfliehen, Gelegenheit finden, sich Eigentum zu schaffen. Zunächst wurden nur sogenannte Kleinsiedlungshäuser errichtet, das sind Siedlungshäuser mit Stallung und so viel Gartenland, daß durch Vieh- und Gartenwirtschaft, besonders in Notzeiten, eine Entlastung der Nahrungssorgen spürbar ist.

Die staatlich geförderte Kleinsiedlung hat ihren Ursprung in den Jahren 1931/1932, als man Millionen Erwerbslosen auf diese Weise zu einem Nebenerwerb verhelfen wollte. Damit den vom Staat ins Auge gefaßten Zielen Rechnung getragen wird, sind besondere gemeinnützige Siedlungsgesellschaften dazu bestimmt, diese Siedlungen zu bauen. Der Einsatz erheblicher Selbsthilfeeleistungen war von vornherein unabdingbare Voraussetzung — in den Jahren der großen Erwerbslosigkeit eine besonders geschätzte Finanzierungshilfe. Bei beruflich Tätigen, die nur eine verhältnismäßig beschränkte tägliche Arbeitszeit auf der Baustelle verbringen können, ist neben der Selbsthilfe eine wesentliche werksseitige kapitalmäßige Hilfe meist unvermeidlich. Selbstverständlich ist bei den heutigen enormen Baukosten auch ein Einsatz eigener Ersparnisse (Eigenkapital)

Gute Nachbarschaft



erforderlich; je nach Höhe der möglichen Selbsthilfeleistung und des Arbeitgeberdarlehens kann dies höher oder niedriger sein. Mindestens 10 Prozent der Baukosten dürften aber an eigenem Geld stets erforderlich sein.

Wir schaffen Reihen-Eigenheime

Zum Unterschied von sogenannten Kleinsiedlungshäusern wird heute auch das Reihen-Eigenheim stark gefördert. Es ist für alle diejenigen gedacht, die aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen zur Leistung von Selbsthilfearbeiten nicht in der Lage sind, die zwar Wert auf ein eigenes Häuschen legen, aber Gartenbewirtschaftung und Viehhaltung nicht betreiben möchten oder können.

Die einfachste rechnerische Überlegung ergibt, daß bei Fortfall von Selbsthilfeleistungen ein höheres bares Eigenkapital aufgebracht werden muß. Daran scheitern viele Bauwünsche. Um die Gesamtbaukosten und damit das aufzubringende Eigenkapital zu senken, wird mehr denn je die Reihenhause-Bauweise bevorzugt. Sie ermöglicht verschiedene Einsparungen. Vor allem wird der Umfang des Eigenheimes so begrenzt, daß trotz geringeren Mitteleinsatzes doch noch soviel Raum entsteht, wie für eine Familie mit mehreren Kindern notwendig ist. Ein solches Haus würde für sich allein als Baukörper zu winzig erscheinen. In der Regel wird es auch von der Bauaufsichtsbehörde im Hinblick auf die für die betreffende Gegend vorgeschriebene Bauweise nicht genehmigt werden können. Man faßt deshalb mehrere solcher Eigenheime zu einem Baukörper zusammen und erreicht damit gleichzeitig eine weitere Kostensenkung. Diese liegt nicht nur im gemeinsamen Giebel, sondern noch in mancher anderen Kostenposition. Vor allem werden die oft recht erheblichen Anschlußkosten für Versorgungsleitungen wesentlich vermindert. Infolge geringer Straßenfront fallen auch nur verhältnismäßig geringe Straßebaukosten an. Auch ist das Reihenhause wesentlich wärmer, so daß Heizkosten gespart werden.

Im Hinblick auf die Höhe der Gesamtkosten und die aufzunehmenden Fremdmittel (erststellige Hypothek, Landesmittel, Werksmittel) muß auch daran gedacht werden, daß die laufende monatliche Belastung des Hauses tragbar bleibt. Der Eigenheimer muß ohne allzu erhebliche sonstige Einschränkungen — die für einige Zeit unvermeidbar sein werden — in der Lage sein, sowohl die Zinsen und Tilgungsbeträge für die aufgenommenen Fremdmittel als auch die öffentlichen Abgaben (Straßenreinigung, Müllabfuhr usw., später evtl. Grundsteuer), Versicherungsprämien, Rücklagen für Instandhaltung und Reparaturen usw.

aufzubringen. Um dies zu erleichtern, wird das Werksdarlehen zinslos gewährt. Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß die Aufbringung des erforderlichen Eigenkapitals, mit dessen vorheriger Ansparung — oft über Jahre hinweg — nicht früh genug begonnen werden kann, auf verschiedene Weise dadurch staatlicherseits erleichtert wird, daß nicht unerhebliche Lohnsteuer-Vergünstigungen gewährt werden.

Bereits vor über zwei Jahren gingen wir versuchs- halber daran, innerhalb unserer „Franz-Zimmer-Siedlung“ erstmalig — und damit unseres Wissens in der Nachkriegszeit zum ersten Male in Dortmund überhaupt — 24 Eigenheime dieser Art bauen zu lassen.

Unser Versuch wurde ein voller Erfolg!

Die vorstehend geschilderten Überlegungen waren Haupttriebfeder gewesen. Dazu kam, daß durch diese Bauweise eine erfreuliche städtebauliche Belebung in die manchmal etwas monoton empfundene Bauweise von Siedlungshäusern möglich war. Der Wiederaufbauminister von Nordrhein-Westfalen hat diesen Bauabschnitt unserer Reihen-Eigenheime im Vorjahr persönlich besichtigt und sich dabei sehr anerkennend ausgesprochen.

Oft wird die Auffassung vertreten, man wolle, wenn man schon selbst baue, ein freistehendes Haus haben. So schön dieser Wunsch ist, so ist ihm doch folgendes entgegenzuhalten: Wer über genügend Geldmittel verfügt, mag seinen Wünschen entsprechend bauen. Hat man aber nur sehr beschränkte Mittel und ist auf staatliche Hilfe — und evtl. solche des Werkes — angewiesen, so muß man sich den von diesen Stellen gegebenen Bedingungen fügen. Der Staat kann nicht einem oder einigen alles geben und allen anderen nichts. Er darf also nur diejenigen Bauweisen fördern, bei denen mit geringsten Mitteln ein gleichwertiges Ziel erreicht wird. Das ist beim Reihen-Eigenheim der Fall. Es ist nicht genug bekannt, daß diese Bauweise im Ausland, vor allem in Holland, seit langem große Bedeutung hat; das Bild ganzer Stadtteile wird von Reihen-Eigenheimen in langen Häuserzeilen beherrscht.

Wenn man heute durch den bereits fertiggestellten Teil unserer Siedlung geht und die zufriedenen Gesichter seiner Bewohner wie auch die sauber gepflegten Anlagen betrachtet, dann weiß man, daß hier wieder Menschen mit dem Boden verwurzelt sind und sich hier glücklich fühlen. Hier findet der Hüttenarbeiter auch bei richtiger Anwendung den notwendigen Ausgleich gegenüber seiner oft sehr harten und eintönigen Arbeit. Hier kann der Ausgleich Arbeit — Freizeit — Muße richtig praktiziert werden.

Licht, Luft, Sonne



Das Eigenheim als Sparsbüchse

Siedlerhaus und Eigenheim haben neben manchem anderen auch dieses gemeinsam: So ein kleiner Besitz wirkt wie eine große Sparsbüchse, ohne daß der Boden sichtbar oder die Büchse gefüllt wird. Viele städtische Bedürfnisse müssen unterdrückt, viele neue Forderungen müssen befriedigt werden: Hier ist noch ein Beet anzulegen oder ein Obstbaum zu pflanzen, dort soll für die Hühner ein größerer Auslauf entstehen; vielleicht fehlt noch dieses oder jenes Möbelstück; auch muß an die Einrichtung des Bades mal gedacht werden, nachdem es selbstverständlich geworden ist, auch in jeder Siedlerstelle den dazu erforderlichen Raum vorzusehen. All dies wird meist trotz notwendig bedingter anderer Einsparungen gern und freudig im neuen Besitzerstolz gemacht. Mühe und Entbehrungen werden belohnt, wenn schon nach wenigen Jahren die schönen Anlagen das Auge erfreuen und auch ein gewisser Ertrag sich materiell auswirkt.

Welche Bedeutung alle maßgebenden Stellen des Staates, der Industrie, der Gewerkschaften usw. der Siedlungstätigkeit gerade hier im Revier beimessen, ging deutlich daraus hervor, daß die Ausstellung „Wir bauen für dich“ im Herzen des Reviers (Recklinghausen) veranstaltet wurde. Alle beteiligten Stellen sind

sich darüber klar, daß durch die Linderung bzw. Behebung der Wohnungsnot, insbesondere durch Schaffung familiengerechter Wohnungen echte soziale Befriedigung erreicht werden kann.

Bauen ist kein Selbstzweck

Bauen und Siedeln darf nicht Selbstzweck sein, es muß immer im Dienste des Menschen stehen. Wie der Mensch sein Heim formt, so formt auch das Heim den Menschen. Es ist daher eine dankenswerte Aufgabe, gerade den heutigen Großstadtmenschen aus den Trümmervierteln heraus in eine naturnahe Umgebung zu bringen. Hier sind für die Entfaltung des Einzelmenschen ganz andere Voraussetzungen gegeben als inmitten von Trümmern. Die Persönlichkeitsentfaltung bildet aber die Grundlage für die Schaffung ethischer und kultureller Werte.

Die enorm hohe Zahl von Bewerbungen sowohl für Kleinsiedlerstellen als auch für Reihen-Eigenheime beweist uns am deutlichsten, daß wir auch mit der Planung und Durchführung unserer Siedlung einen Weg beschritten haben, der einem echten Bedürfnis unserer Belegschaft entgegenkommt.

Alfred Weber



Werkverbundenes
Wohnen
Im Hintergrund unser Werk

UNSERE EHRENTAFEL

Jubilare September 1953

Verdienstvolle Mitarbeiter

Ich fragte den alten Heinrich, dem gerade ein schöner runder Geldbetrag als Anerkennung für seinen Verbesserungsvorschlag übergeben worden war, wie er eigentlich auf die Idee dazu gekommen sei. „Was heißt: Idee!“ meinte er, „das war eigentlich ganz einfach und gar nichts Besonderes. Ich habe mir eben gedacht: nu', versuche es doch mal so — und da ging's, und zwar viel besser als bisher. Das war alles.“

So einfach kommt ein Verbesserungsvorschlag nicht immer. Manchmal muß man schon ein wenig nachdenken, austüfteln. Aber es lohnt sich doch. Und man dient dem gemeinsamen Werk. Es haben sich mit durchgeführten Verbesserungen besonders verdient gemacht unsere Mitarbeiter:

Karl Großmann, Maschinenabteilung
Stahlwerke: Schloß für Stopfenstangenführungen;

Wilhelm Brasse, Maschinenabteilung
Walzwerke: Änderung der Kranfahrwerksbremse am Verladekran Walzwerk VIII;

Wilhelm Hucklenbroich, Spezialblechwalzwerk: Änderung der Filzwalzen im Spezialblechwalzwerk;

Heinrich Kroniger, Sinteranlage: Unfallverhütung beim Auskippen von Sinterstaub;

Josef Misselke, Maschinenabteilung
Walzwerk III: Zangenseile an den Tiefofenkranen;

50

AUGUST BEER
Zurichterei II

40

KONSTANTIN MICHALSKI
Maschinenabteilung

FRIEDRICH FISCHER
Maschinenabteilung

PAUL SCHRODER
Eisenbahnabteilung

GOTTFRIED KLETSCH
Hausverwaltung

FRANZ BOROWY
Maschinenabteilung

AUGUST WINKLER
Martinwerk

HERMANN HEINEMANN
Maschinenabteilung

FRITZ BAUMER
Eisenbahnabteilung

JOHANN GORGES
Werk Barop

AUGUST SIDOWSKI
Martinwerk

WILHELM HERHOLT
Versuchsanstalt

HEINRICH EICKELMANN
Stahlwerke

JOSEF WISSKAMP
Preß- und Hammerwerk

25

EMIL MADAYA
Martinwerk

FRANZ STEIN
Walzwerk IV/V

HERMANN DOREN
Eisenbahnabteilung

PAUL WEILAND
Kaltwalzwerk

FRANZ ZAGORSKI
Werk Barop

HEINZ LUCKNERS
Werk Barop

GUSTAV MODEL
Waggonwerkstatt

FRANZ HEMPLER
Breitbandwalzwerk

AUGUST BEINFOHR
Stahlbau

PAUL LUDTKE
Spezialblechwalzwerk

MAX ROHL
Hochofen

ERICH MACIEY
Maschinenabteilung

AUGUST REGELMANN
Elektro-Magazin

BERTHOLD ENGELMANN
Walzwerk III

ERNST FREY
Kaltwalzwerk

HERMANN BEWER
Zurichterei VIII

JOSEF GRAF
Steinfabrik

HERBERT DIRZUS
Kaltwalzwerk

Verdienstvolle Mitarbeiter

Hans Kochems, Elektrotechnische Abteilung: Bügelgerät zum Umbügeln von Ankerstäben und eine Spindel- presse zum Anpressen der Glimmer- isolation auf Kontrollerrachsen;

Karl Ibel, Spezialblechwalzwerk: An- wärmvorrichtung für während des Walzens zu kalt gewordene Bleche;

Johann Krämer, Hochofen: Änderung einer Umlagplatte an der Erzvor- bereitung;

Erich Lohmeier, Martinwerk: neues Arbeitsverfahren zum Entfernen der Schlacke aus den Schlackenkammern der Martinöfen;

Wilhelm Morgenschweiß, Erzvorbe- reitung: Elektrozug für Reparatur am Vorbrecher der Erzvorbereitung und Bremslüfter für Maschinenbremse am Transportband;

Heinrich Ottmar, Phosphatfabrik: An- derung der Prellböcke in der Phosphat- fabrik;

Otto Zander, Zementfabrik: Abfangen von Mühlenrückständen und Abdich- tung für Lagerschalen am Schnecken- lager;

Gustav Brischke, Martinwerk: An- derungen am Umfassungsmauerwerk der Unteröfen und der Ofenkammern im Martinwerk;

Wilhelm Liedtke, Eisenbahn: Einbau einer Weiche in der Erzvorbereitungs- anlage zur Erleichterung der Rangier- arbeit.

Wir sprechen diesen Kollegen für ihre Mitarbeit unseren Dank aus und be- glückwünschen sie zu ihrem Erfolg.



Victor Arntzen:

AUSSENHANDEL UND SEESCHIFFFAHRT

Vom 14. bis 23. September 1953 fand in Rom der XVIII. Internationale Schifffahrtkongreß statt. Der Abteilungsleiter unserer Verfrachtung, Victor Arntzen, Vorsitzender der Verkehrsausschüsse des Bundesverbandes der deutschen Industrie und der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, erklärt anläßlich dieses Kongresses unter „Außenhandel und Seeschifffahrt vom Blickpunkt der deutschen Interessen gesehen“:

Nach vielen Jahren feindlicher Auseinandersetzungen, politischen Wirrwarrs und wirtschaftlicher Gegensätzlichkeiten ist ein einsichtsvoller Teil der Welt bemüht, das Verständnis dafür zu vertiefen, daß für einen notwendigen Austausch an Gütern unter den Völkern nicht nur politisch freundliche Notenwechsel oder etwa Handelsverträge zwischen den Staaten genügen, sondern daß auch eine positive Einstellung der jeweiligen privaten Handelspartner erforderlich ist, um den Geist sich auswirken zu lassen, der mit den handelspolitischen Abmachungen von Staat zu Staat

für friedlichen Warenaustausch die Voraussetzung schaffen soll. Außenhandel und Seeschifffahrt sind untrennbar verbunden, und als Deutscher mag es mir erlaubt sein, mich in kurzen Umrissen mit dieser Verbundenheit zu befassen, und zwar stark zugeschnitten auf die Entwicklung unserer wieder jungen Handelsflotte. Bei einem Anteil am Welthandel von rd. 13 % im Jahre 1913 und rd. 10 % im Jahre 1929 verfügte Deutschland mit rd. 10 % im Jahre 1913 und rd. 6 % im Jahre 1929 auch über einen beachtlichen Teil der Welthandelstonnage. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, daß

1. die Welthandelstonnage 1929 rd. 50 % größer war als 1913,
2. Deutschland als Folge des ersten Weltkrieges seine Handelsflotte größtenteils verloren hatte und 1929, noch im Aufbau begriffen, mühsam wieder den vierten Platz in der Welttonnage eingenommen hatte (1913 an zweiter Stelle hinter England).



Der große Weltkrieg und sein Ablauf ließen erneut ein Deutschland zurück, das diesmal überhaupt kein Übersee-handelsschiff mehr besaß und das infolgedessen selbst bei gutem Willen der anderen Völker keine Möglichkeit gehabt hätte, sich wenigstens seeschiffahrtsmäßig an dem großen Warenaustausch innerhalb einer sehr waren-hungrigen Welt zu beteiligen. Der Anteil der deutschen Handelsflotte an dem Weltverkehr war ganz selbstver- ständlich als für andere Flotten angenehme zusätzliche Beschäftigung und Einnahmequelle von ihnen „in Verwahr“ genommen worden, und wie es oft im Leben üble Sitte ist, so fällt es den Beteiligten jetzt schwer, sich auf not- wendiger privatwirtschaftlicher Ebene und in versöhnender Art von dem in Verwahr genommenen Gut wieder zu trennen.

Die deutsche Bundesrepublik konnte für 1951 einen Über- seehandel ausweisen, der bei 4,6% des gesamten Welthan- dels lag, während der Anteil seiner im Wiederaufbau befindlichen Seehandelstonnage Mitte 1952 erst bei 1,5% der Welttonnage lag. Man sollte unterstellen dürfen, daß der erstrebte Anteil der deutschen Flotte am Weltverkehr mindestens im Ausmaß des Anteils der Bundesrepublik am Welthandel allgemein als gerechtfertigt anerkannt würde und daß die übrigen am Weltverkehr beteiligten Flotten auch in der Tat für den notwendigen Wiederausgleich im Handelsverkehr unter den Völkern beizutragen gewillt wären. Es ist erfreulich, daß diese, mehr oder weniger, Selbstverständlichkeit auch von einer Anzahl der inter- national tätigen Handelsflotten in freundschaftlichem Geiste bejaht und auch entsprechend gehandelt wird. Andererseits gibt es bedauerlicherweise aber auch Schiffsfahrtskreise in teils nicht weitab liegenden Staaten, die die erstrebte Wiedereinschaltung der deutschen Flotte in den Weltverkehr auf verschiedenste Art zu erschweren suchen. Wie verträgt es sich mit einer geradezu oft aus solchem betroffenen Land herüberklingenden Beschwerde über angebliche Dis- kriminierungen auf anderen Gebieten (z. B. Flußschiffahrt) und mit in schönen Worten als notwendig herausgestellter Zusammenarbeit, wenn es den deutschen Handelsschiffen — wieder mittätig in verschiedenen Verkehrsbeziehungen der Welt — teils nicht erlaubt ist, Güter (auch deutsche Güter) im Ex- bzw. Import in den Häfen des hier gemeinten Landes zu laden oder zu löschen? Glaubt die betreffende inter- nationale Handelsschiffahrt, daß es den Welthandel fördert, wenn z. B. innerhalb der Seefrachten-Konferenzen für die Fahrtrouten Kuba/Mexiko, Westindien, Westküste Süd- amerika und teils auch Afrika solche Erschwerungen eine Art Vorbedingung für die Wiedereinschaltung der deutschen Handelsflotte sind? Und ist es letzten Endes noch vertretbar, wenn im Rahmen dieser oder jener Überseefrachten-Kon- ferenz beim Güterimport über kontinentale Nordseehäfen immer noch sogenannte Rangezuschläge zur Fracht in Ansatz kommen, wenn die in Frage kommenden Güter in deutschen Seehäfen gelöscht werden sollen? Wäre es nicht an der Zeit, auch in dieser Frage zu jener Ordnung zurückzufinden, die früher zum Vorteil aller Beteiligten Ausgleich und Wirtschaftsfrieden auch auf dem wichtigen Gebiet der internationalen Handelsschiffahrt garantierte? Der Welt- schiffahrtskongreß in Rom, der nicht zuletzt die friedliche und gute Zusammenarbeit der Welthandelstonnage unter- streichen soll, würde ein gutes Werk verrichten, wenn er in den hier angedeuteten Fragen endlich die Gleichberech- tigung aller im Welthandel tätigen Flotten nicht nur erneut unterstreichen, sondern auch auf die jeweiligen Kreise in den Ländern einwirken würde, solche Methoden allmählich verschwinden zu lassen.



Es ist aber nicht nur die innerhalb der Handelsflotte hier in Beispielen genannte Erschwerung des Welthandels fest- zustellen, sondern die verschiedensten Staaten in der Welt befeißigen sich mehr und mehr, für ihre Warenbezüge die Benutzung nur ihrer nationalen Flagge vorzuschreiben, wobei nicht selten das Ausmaß der nationalen Flotte in keinem ausreichenden Verhältnis zu dem beabsichtigten Bezug an Importgütern steht. Auch unterschiedliche zoll- politische Behandlung der verschiedensten Flaggen in die- sen oder jenen Handelshäfen ist ein wundes Kapitel, und sie steht in einem krassen Gegensatz zu der seit jeher so stolz verkündeten Freiheit der Meere. Es wird verständlich sein, daß man im Rahmen dieser kurzen Ausführungen, aber auch aus Gründen der Toleranz auf Einzelheiten ein- zugehen sich versagen muß, aber es soll vom Blickpunkt des Im- und Exporthandels und der Handelsflotte der Bun- desrepublik erlaubt sein, dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß in verschiedenen Ländern verschiedener Kontinente noch bestehende Gesetze, Auflagen, Vorschriften oder behördlich sanktionierte Frachtenunterbietungen möglichst bald einer Revision unterzogen werden mit der Zielsetzung, der Freiheit des Welthandels und der Freiheit der Schifffahrt auf den Weltmeeren jenes Ausmaß wiederzugeben, das für einen friedlichen Warenaustausch in der Welt mit erste Voraussetzung ist. Die deutsche Bundesrepublik kennt keine unterschiedliche Behandlung der Flaggen in deutschen Häfen, sie kennt auch kein System unterschiedlicher zoll- politischer Behandlung ihrer Importgüter, etwa abgestellt auf Schiffsfahrtsflaggen, und die am Überseehandel beteiligte deutsche Wirtschaft kennt auch keine Vorschriften, unter welcher Flagge etwa deutsche Im- oder Exportgüter zu verfrachten sind.



Motorisierung hinkt nach

Fast 4000 Mitarbeiter unserer Hütte „befördern sich selbst“: mit dem Fahrrad kommen 3216, und zwar 3025 Arbeiter und 191 Angestellte; mit dem Motorrad 660, und zwar 596 Arbeiter und 64 Angestellte; mit einem eigenen Auto fahren 62, und zwar 21 Arbeiter und 41 Angestellte.

„Arbeiter und Auto? Das ist doch eine tolle Sache!“ — Aber weshalb denn, verehrte Kollegen? In Amerika, dem Lande der höchsten Produktivität und des höchsten Lebensstandards, kommen — wie von Mitarbeitern unserer Hütte, die „drüben“ waren, bestätigt wird — 80 bis 90 v. H. aller Hüttenarbeiter mit einem eigenen Auto zum Werk. Weshalb soll es bei uns — bei der von uns angestrebten Steigerung der Produktivität und damit des Lebensstandards — nicht auch so werden!

Der Kraftwagen ist kein Luxusartikel mehr; er gilt längst als unentbehrliches Verkehrsmittel in allen Tätigkeitsbereichen. Die Motorisierung nimmt mit Riesenschritten zu. Während 1951 in der Bundesrepublik erst jeder 78. Einwohner Kraftfahrzeugbesitzer war, verfügt nach dem gegenwärtigen Stand jeder 45. über ein Fahrzeug. Die Schweiz rangiert vor uns mit 31 Bewohnern auf einen Wagen im Jahre 1951 und 24 im Jahre 1953; Zahlen für Frankreich 1951: 26; 1953: 22; für Großbritannien 1951: 21; 1953: 19 Bewohner für ein Kraftfahrzeug.

Wir Europäer staunen aber, wenn wir hören, daß in den Vergleichsjahren bei den Vereinigten Staaten auf vier Einwohner ein Kraftfahrzeug entfällt.

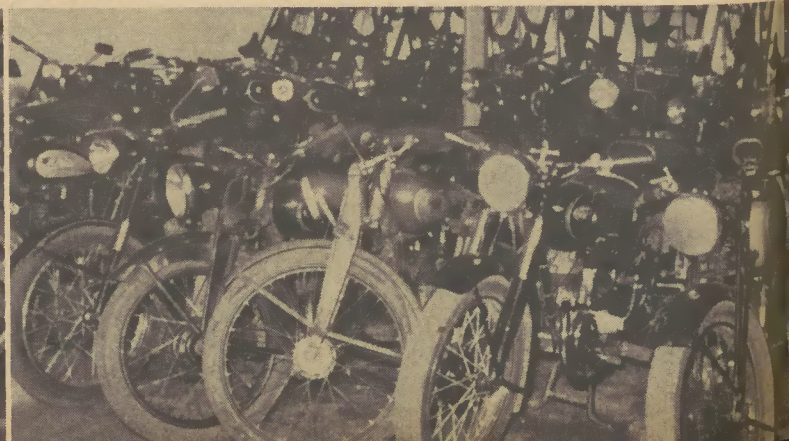
Wir hängen also nicht nur erheblich, wir hängen hoffnungslos nach. Gewiß haben unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung und Verarmung durch zwei Weltkriege Hemmnisse gebracht. Das scheint aber nicht das Entscheidende. Auch die steuerliche Belastung spielt eine Rolle. Sie beträgt für einen mittleren Pkw. bei 20 000 km Fahrstrecke im Jahre einschließlich Versicherung für die Bundesrepublik 691 DM, für Frankreich 680, die Schweiz 603, England 483 und die USA nur 158 DM. So sehr aber diese Faktoren — auch die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse gehören hierher — mitwirken mögen, der eigentliche Grund für den weiten Vorsprung der Amerikaner liegt entscheidend in einer breiten, auf Massenabsatz eingerichteten Organisation für Kreditfinanzierung.

Der Sieg des Kühlschranks, des Fernsehapparates, des Starmix oder des Kraftwagens wäre in den USA nicht so vollkommen, wenn nicht eine geschmeidige Finanzierungspraxis vorhanden wäre. Wenn zum Beispiel junge Leute drüben heiraten, können sie auf Kredit bei niedrigem Zins eine ganze Wohnungseinrichtung erstehen, abzahlbar in mehreren Jahresraten, auf Monate verteilt. Der Kühlschrank gehört dabei meist schon automatisch zur Kücheneinrichtung. Das Auto kann dann in wenigen Jahren angeschafft werden; zunächst tut es ein gebrauchter Wagen, später folgt ein fabrikneuer. Er wird ebenso in kleinen Raten bis zu 30 Monaten abbezahlt. Diese Maschinerie des Abzahlungsgeschäftes funktioniert ausgezeichnet und wird

gestützt durch die hohe Moral bei der Einhaltung der Raten.

Wie ist es aber bei uns? Die große Belastung durch Steuern und Unterhaltung führt zunächst dazu, daß nur 5 % aller Wagenbesitzer ihr Fahrzeug privat angemeldet haben. 95 % schreiben die Kosten über Firmen ab. Aber selbst wenn man die Steuern und Benzinkosten außer acht läßt, scheitert der private Kauf meist schon an einem praktischen Weg der Vorfinanzierung. Entweder muß man sich um einen Bankkredit bemühen, oder, wie es heute allgemein üblich ist, man behilft sich mit Kleinwechseln; beides bei hohen Zinsen. Wo ist der große, vom Staat gesicherte und mit niedrigen Zinsen arbeitende Kreditapparat in Deutschland?

Jetzt drängt die Entwicklung der Produktion zu einer Entscheidung. Der Vergleich der Juni- und Juli-Produktion zeigt, daß die deutsche Automobilproduktion, von saisonalen Gründen abgesehen, an einem oberen Kulminationspunkt angelagt zu sein scheint. Soll man nicht die Mengenkonjunktur in Gang bringen durch Ausbau einer soliden Kreditfinanzierung, unter Umständen sogar in Form kleinerer Gesellschaften, die lediglich in einer Spitze vereinigt sind? Vielleicht könnte man die Produktivitäts- und Mengenkonjunktur gerade des Automobilzweiges trotz der augenblicklichen Stockungsperiode ausdehnen. Der Weg vom kostbaren Luxusgut zum Massengut ist beim Kraftwagen noch längst nicht zu Ende gegangen. In ihm liegt aber eine erhebliche Reserve zur Ausweitung der Produktivität.





seit über 25 Jahren

hat es sich immer wieder
gezeigt,
daß der DEFAKA-Kredit
eine bewährte Hilfe
für jede Familie ist.

Unser großer Kundenkreis
zählt nach vielen Tausenden
und wächst von Tag zu Tag.



Der KÖSTER-DEFAKA
Grundsatz heißt:
Gut und solide –
und das sichert uns
die Treue unserer Kunden.



Kaufhaus
KÖSTER

*macht Dir's
leichter!*

DORTMUND, HANSASTRASSE 5

NEBEN DEM CAPITOL

**Modisch
preiswert
gut**



kauft man bei

Kiefer

DORTMUND · SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Kaufabkommen mit der Westfalenhütte; alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozial-Abteilung.



Das ist ein Angebot!

Touren-, Sport-, Rennräder

20,— DM Anzahlung, bis zu 18 Monatsraten

LUTZ-Moped,

das beliebte Hilfsmotorrad

111,— DM Anzahlung, bis zu 12 Monatsraten

Seppelhosen

5,— DM Anzahlung, bis zu 6 Monatsraten

Lederbekleidung, Pullover, Knickerbocker, Strümpfe und
Rennschuhe, alles zu günstigen Preisen aus dem bekannten

RADSPORTHAUS

Atze Essing

DORTMUND, Bornstraße 131

Friedrich Froböse

Maler- und Anstreichermeister

Dekorationsmalerei

DORTMUND

Lessingstraße 57 - Ruf 32096

Ernst Schackmann

Mineralöle

Dortmund

Körnebachstraße 106

Ruf 314 53 / 314 54 / 4 06 63

Der Lieferant für Walzwerke und die gesamte Hüttenindustrie

Spezialität: Walzenfettbrikett, Kranfett, Spezialfette und -öle für schwierigste Schmierungsverhältnisse

Berater der gesamten Hüttenindustrie in allen schmiertechnischen Fragen



Kaufhaus Liebler

Das Kaufhaus mit den kleinen Preisen

DORTMUND - HÖRDE
Alfred-Trappen-Str. 26-30

CASTROP-RAUXEL
Am Markt
und

LUNEN-SÜD
Jägerstraße 45

Und jetzt

4 große Vorteile

MÜLLER-KLEIDUNG

- formschön und elegant
- beste Qualitäten
- Zahlungserleichterung durch eigenes Kreditsystem
- preisgünstiger . . ., da ohne Zwischenhandel von der Fabrik direkt an den Kunden

Darum immer zu:



Die Bekleidungswerke mit den großen Leistungen

Wer sparen und doch gut gekleidet sein will, besucht uns in

DORTMUND

Westenhellweg, in der Krügerpassage, 1. Etage

Von 8 bis 19 Uhr durchgehend geöffnet

Kaufabkommen mit der Westfälischen Beamtenbank

mit seiner großen
Auswahl von mehreren
100 Einrichtungen
und Polstermöbeln in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor **Vorteile** im Einkauf

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund	Ruf	Dtmd.-Hörde
I. Kampstraße 5	41142	Hermannstr. 42/44

Zahlungserleichterung

Die Nähmaschine fürs Leben

kaufen
Sie preiswert
in dem
bekannten
Fachgeschäft



W. BLÄTTERMANN U. SOHN

Rheinische Straße 14, am Körnerplatz
(Teilzahlung — 30,- DM Anzahlung — 12 Monatsraten)
Eigene Reparaturwerkstatt

IHR LIEFERANT
DAS LEBENSMITTEL- UND FEINKOSTHAUS

Walter Kummer

Borsigstraße, Ecke Kamener Straße

SPEZIALITÄT:

Feine Wurstwaren in bekannter erstklassiger Qualität

Wein und Spirituosen in reicher Auswahl

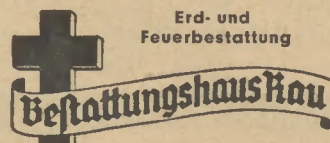
Täglich frisches Obst und Gemüse

3 % RABATT

RAU & CO

LUTGE BRÜCKSTRASSE 20
zeigt Polstermöbel
Einzelmöbel - Kunstgewerbe

— KAUFABKOMMEN MIT DER WESTFALENHÜTTE —



Erd- und
Feuerbestattung

LUTGE BRÜCKSTR.
Ruf 2 20 37

Särge in großer
Auswahl

Überführungen mit
eigenen Leichenautos

*Güte Betten, ohne Frage,
kauft Du stets bei Kalvelage.*



BETTEN
Kalvelage

Das große Bettenhaus im Norden
Dortmund, Münsterstr. 28 a/b
Bettfedernreinigung täglich Ruf 35879



- was bedeutet das eigentlich?

Es ist das gesetzlich geschützte Warenzeichen für die reinwollene Einlage von BÜCHLER-Anzügen und -Mänteln. Diese **faltenfrei**-Einlage - ein Gewebe aus Tierhaaren und reiner Wolle - besitzt jene sprunghelastischen Eigenschaften, die der mit **faltenfrei** ausgezeichneten Kleidung diese großen Vorteile verleihen:

Unempfindlichkeit gegen Nässe und Druck, tadellosen Sitz, keine unschönen Falten an Brustpartie und Revers.

Merken Sie aber:
Die zuverlässigen **faltenfrei**-Anzüge und -Mäntel gibt's allein bei

Büchler

DORTMUND, WESTENHELLWEG 59-63 · LÖNEN, AM MARKT
HORDE, ALFRED-TRAPPEN-STR. 12

Motorradhaus

Hans Theisen

Das Haus führender deutscher Motorradfirmen:

BMW, NSU, DKW

Tornax, Triumph

Motorroller NSU-Lambretta

Fend-Kabinenroller

und Seitenwagen

Meine Spezialabteilung in Leder- und Sportbekleidung:

LEDERMÄNTEL, LEDERJACKEN, LEDERHOSEN

Ersatzteile, Kundendienst und Reparaturwerkstatt:

Semerteichstraße 67 - Ruf 41376

Stadtgeschäft:

Hansastraße 9 (Westfalenhaus)

Ruf 34479

Filiale: Castrop-Rauxel 3, Lange Straße 77

Günstige Teilzahlungsbedingungen

Das leistungsfähige Spezialhaus für den günstigen Einkauf von



GARDINEN

DEKORATIONEN

TEPPICHEN

Die Krankenkasse gibt Rechenschaft

Wie in jedem Jahr, hat unsere Betriebskrankenkasse auch jetzt wieder einen Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr herausgegeben. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus dem Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1952, das 80. Jahr des Bestehens der Kasse.

Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1952 ist günstig. Wir konnten einen Überschuß von 185 306,80 DM verbuchen, obwohl wir unsere Leistungen weiter ausgebaut haben und bei der Beurteilung der Notwendigkeit von Leistungen so großzügig verfahren sind, wie es das Gesetz erlaubt.

In den ersten Monaten des Jahres mußten wir Verluste hinnehmen, weil die Kosten für Sachleistungen fortlaufend anstiegen und infolge der Unterversicherung vieler Mitglieder unsere Einnahmen hiermit nicht Schritt hielten. Diese Unterversicherung war dadurch entstanden, daß der Höchstbetrag für Beiträge und Leistungen bei der sogenannten Versicherungsgrenze von 375,— DM im Monat stehengeblieben war, obwohl sich Löhne und Gehälter ständig nach oben entwickelt hatten. Nachdem durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 500,— DM diesem Ubelstand abgeholfen worden war, ist es uns gelungen, in den letzten Monaten des Jahres den Verlust wieder aufzuholen.

Einen Teil des Überschusses haben wir wieder in Darlehen für Wohnungsbauten und für gemeinnützige, der Krankenversicherung dienende Zwecke angelegt. Das Vermögen der Kasse, das zu Beginn des Jahres 1 410 685,99 DM betrug, belief sich am Jahresende auf 1 595 992,79 DM.

Unsere Mitgliederzahl stieg weiterhin etwas an, wir zählten zu Beginn des Jahres 14 297, zum Jahresschluß 15 679 Mitglieder, also 1382 mehr.

Unsere Kassensatzung mußten wir auf Anweisung des Oberversicherungsamtes am 20. 5. 1952 dahingehend ändern, daß wir beim Tode eines Kindes oder eines sonstigen Angehörigen 50 % des satzungsmäßigen Mitgliedersterbegeldes, mindestens aber 50,— DM gewähren.

Eine weitere Satzungsänderung beruhte auf der Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze von 4500,— DM auf 6000,— DM jährlich und damit Erhöhung des höchsten Grundlohnes von 12,50 DM auf 16,67 DM ab 1. September 1952. Unsere Leistungen haben wir dadurch erweitert, daß wir die Kosten für Hörapparate bis zu 250,— DM übernehmen, soweit sie bei der Arbeit und auf dem Wege zur Arbeit getragen werden.

An Stelle der bisher üblichen einfachen Brillenfassungen erhalten unsere Mitglieder nunmehr auch einfache Hornfassungen ohne Zuzahlung.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung trat am 24. 1. 1952 das Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter in Kraft. Nach diesem Gesetz werden die Leistungen der Wochenhilfe erheblich erhöht. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden Kassenmitgliedern durch die zuständige Krankenkasse gewährt; diese bekommt sie aber vom Bund ersetzt.

Das schon in unserem letzten Jahresbericht erwähnte Gesetz über Gewährung einer Teuerungszulage wurde am 1. 7. 1952 für die Krankenversicherung wieder außer Kraft gesetzt.

Am 9. 12. 1952 erschien ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Dieses Gesetz bezweckt u. a., den Versicherungsschutz gegen Arbeitslosigkeit auszudehnen. Besonders wichtig für die Krankenversicherung, der ja der Einzug der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung obliegt, ist die Tatsache, daß die

Befreiung der Lehrlinge von der Arbeitslosenversicherung 12 Monate vor dem Tage erlischt, an dem die Lehrlingsbeschäftigung durch Zeitablauf endet. Dadurch ist solchen Lehrlingen, die nicht sofort weiterbeschäftigt werden können, der Bezug der Arbeitslosenunterstützung gesichert.

Neue Krankenordnung

Am 8. 12. 1952 überprüfte der Beirat die neue Krankenordnung und genehmigte sie am 26. 1. 1953. Diese Krankenordnung war nötig, weil, wie bei allen Krankenkassen, auch unsere Krankenordnung veraltet war und den Zeitverhältnissen nicht mehr Rechnung trug. Alle Dortmunder Krankenkassen haben sich auf den gleichen Wortlaut ihrer Krankenordnung geeinigt. Sie hat den Zweck, das Verhältnis des Versicherten in einer für alle gültigen Form zu regeln, insbesondere die Inanspruchnahme der ärztlichen Behandlung, das Verhalten bei Arbeitsunfähigkeit, die Entnahme von Arzneien und Heilmitteln, Beratung und Überwachung der Kranken und Verhalten bei Erkrankungen außerhalb des Kassenbezirkes. Desgleichen regelt sie das Verhalten bei Erkrankungen von Familienangehörigen und legt das Recht der Beschwerde und die Strafbestimmungen fest. In Kraft getreten ist diese Krankenordnung am 10. 2. 1953 durch Genehmigung des Versicherungsamtes.

Die Jahresrechnung 1952 wurde durch den Beirat geprüft. Beanstandungen wurden nicht gemacht. Die Jahresrechnung wurde mit einer Einnahme von 3 827 006,14 DM und einer Ausgabe von 3 641 699,34 DM, mithin einem Überschuß von 185 306,80 DM, angenommen. Dem Leiter (Arbeitsdirektor Berndsen) und der Geschäftsführung (Köhling) wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Mitgliederzahl

Unsere Mitgliederzahl nahm auch im Berichtsjahr zu. Am 1. 1. 1952 zählten wir 14 297, am 31. 12. 1952 15 679 Mitglieder, also 1382 mehr. Im Jahresdurchschnitt betrug unsere Mitgliederzahl 15 126 gegenüber 14 100 im Vorjahr, das sind 1026 mehr. Die Zunahme betrug also 7,28 Prozent gegenüber einer Zunahme von 8,23 Prozent im Vorjahr. Von der durchschnittlichen Mitgliederzahl entfielen auf die Westfalenhütte 11 566 gleich 76,46 Prozent, auf Hohenlimburg 2503 gleich 16,55 Prozent, auf die übrigen Werke 1057 gleich 6,99 Prozent.

In der Gesamtmitgliederzahl sind 13 338 Pflichtversicherte gleich 88,18 Prozent und 1788 freiwillig Versicherte gleich 11,82 Prozent enthalten. Das Verhältnis hat sich etwas zugunsten der freiwillig Versicherten verschoben. Die Zahl der bei uns versicherten Angestellten beträgt 1650 gegenüber 1474 im Vorjahr. Von ihnen waren freiwillig versichert 1073 gegenüber 801 im Vorjahr. Diese Zahlen zeigen, daß auch die Angestellten, die die Möglichkeit hatten, sich anderweitig zu versichern, zum allergrößten Teil und in wachsendem Ausmaß ihre Krankenversicherung unserer Kasse anvertrauen.

Mitgliederzahl

1872	=	421
1902	=	3 486
1922	=	10 843
1945 (Januar)	=	18 887
1945 (Zusammenbruch)	=	6 454
1952 (Dezember)	=	15 679

Betreuung der Familien

Die Kasse hat außer für die im Betriebe tätigen und die freiwillig versicherten Mitglieder auch für die Familienangehörigen ihrer Mitglieder zu sorgen.

Die Anzahl dieser Personen ist ganz erheblich und überschreitet bei weitem die Zahl der Mitglieder. Sie ist gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen. Im Vorjahr hatten wir bei 13 770 Mitgliedern 8440 Ehefrauen und 7902 Kinder zu betreuen. Im Berichtsjahr waren es bei 15 679 Mitgliedern 10 989 Ehefrauen und 10 916 Kinder, insgesamt also 37 584 Personen gegenüber 30 112 Personen im Vorjahre. Von den Personen, die von der Kasse betreut werden, sind 41,6 Prozent Mitglieder und 58,4 Prozent Angehörige. Im Vorjahr betrug der Anteil der Angehörigen 54,2 Prozent. Nach dem Familienstand setzten sich die Mitglieder der Kasse 1952 wie folgt zusammen:

	Mitgl.	Ehefrauen	Kinder	% der Mitgliederzahl
Ledige	4690	—	—	29,91
Verheiratet ohne Kinder	5167	5167	—	32,96
Verheiratet mit 1 Kind	2143	2143	2143	13,67
Verheiratet mit 2 Kindern	2736	2736	5472	17,45
Verheiratet mit 3 Kindern	604	604	1812	3,85
Verheiratet mit 4 Kindern	212	212	848	1,35
Verheiratet mit 5 und mehr Kindern	127	127	641	0,81
Insgesamt:	15679	10989	10916	100,00

gleich insgesamt 37 584 Personen.

Wir legen die Bilanz offen

Wie eingangs erwähnt, hatten wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Überschuß zu verzeichnen. Bei einer Gesamteinnahme von 3 827 006,14 DM betrug der Überschuß 185 306,80 DM, das sind 4,8 Prozent der Gesamteinnahme. Im Vorjahr betrug der Überschuß 4,2 Prozent der Einnahme. Das Jahresergebnis ist also im Verhältnis ungefähr das gleiche geblieben. Wir haben Leistungen und Beiträge so festgesetzt, daß ein ungefährender Ausgleich zustande kam, jedoch sind wir durch das Gesetz gezwungen, Rücklagen in gewisser Höhe anzusammeln, um bei vorübergehenden Schwierigkeiten die Leistungsfähigkeit der Kasse zu erhalten. Darüber hinaus ist es unser Grundsatz, die Leistungen, soweit sie für unsere Verhältnisse zweckmäßig sind und die Mittel es erlauben, bis auf das höchste Maß dessen heraufzusetzen, was das Gesetz erlaubt.

Im Berichtsjahr hatten wir:
eine Einnahme von 3 827 006,14 DM = 253,01 DM je Mitglied
eine Ausgabe von 3 641 699,34 DM = 240,76 DM je Mitglied
mithin einen
Überschuß von 185 306,80 DM = 12,25 DM je Mitglied
Der im Vorjahr erreichte Überschuß von 135 870,— DM machte 9,63 DM je Mitglied aus.

Unsere Einnahmen und Ausgaben betragen im Jahre 1952:

	DM	je Mitgl. DM	% der Gesamteinnahme bzw. Ausgabe DM
Einnahmen			
Beiträge d. versicherungspfl. Mitgl.	3 495 857,26	262,10	91,35
Beiträge der freiw. Mitglieder	260 585,31	145,74	6,81
Kapitalerträge	48 207,94	3,19	1,26
Mehreingänge, Ersparnisse	21 869,76	1,45	0,57
Sonstige Reineinnahmen	485,87	0,03	0,01
	3 827 006,14	253,01	100,00

	DM	je Mitgl. DM	% der Gesamteinnahme bzw. Ausgabe DM
Ausgaben			
Ärztliche Behandlung	597 892,79	39,53	16,42
Vertrauensärztliche Tätigkeit	23 497,30	1,55	0,64
Zahnbehandlung	115 869,69	7,66	3,18
Arznei- u. Heilmittel aus Apothek. X	198 824,20	13,14	5,46
Sonstige Arznei- und Heilmittel X	74 190,04	4,90	2,04
Zahnersatz X	190 034,80	12,56	5,22
Krankenhauspflegekosten X	271 175,10	17,94	7,45
Krankengeld	977 018,38	64,59	26,83
Hausgeld	129 022,13	8,53	3,54
Taschengeld	18 867,96	1,25	0,51
Fürsorge für Genesende	13 100,00	0,87	0,35
Arznei- u. Hausmittel aus Apothek. +	202 649,19	13,41	5,56
Sonstige Arznei- und Heilmittel +	52 705,22	3,48	1,45
Zahnersatz +	126 363,64	8,35	3,47
Krankenhauspflegekosten +	284 334,35	18,80	7,81
Sonst. Ausgaben f. Krankenpflege +	3 223,50	0,21	0,09
Wochenhilfe für Mitglieder	15 174,01	1,00	0,42
Wochenhilfe für Angehörige	89 799,37	5,94	2,46
Gesundheitsfürsorge	176 280,65	11,66	4,84
Sterbegeld für Mitglieder	33 071,60	2,19	0,92
Sterbegeld für Angehörige	23 201,37	1,53	0,64
Sächliche Verwaltungskosten	4 757,80	0,31	0,13
Mindereingänge, Verluste	20 846,25	1,36	0,57
	3 641 699,34	240,76	100,00
Gewinn: +	185 306,80	12,25	—
Verlust: —	—	—	—

X = für Mitglieder
+ = für Angehörige

Das Vermögen der Kasse setzte sich am 31. Dezember 1952 wie folgt zusammen:

	im einzelnen	im ganzen	am Schluß des Vorj.	Zu- oder Abnahme + oder —
I Betriebsmittel		443 558,—	417 793,59	+ 25 764,41
IIa Langfristige Anlag.	334 216,75	334 216,75	414 121,55	— 79 904,80
b Wertpapiere	3 268,88	3 268,88	10,—	+ 3 258,88
c Hypotheken	431 534,81	431 534,81	384 948,33	+ 46 586,48
d Geräte	124 423,18	124 423,18	36 616,84	+ 87 806,34
III Sonstige unberichtigt gebliebene Forderungen				
a Beiträge Dezember	397 542,78			
c Ersatzforderungen	61 477,75	459 020,53	337 856,80	+ 121 163,73
IV Sonst. Vermögen	23 328,86	23 328,86	27 207,92	— 3 879,06
Summa Aktiva		1 819 351,01	1 618 555,03	+ 200 795,98
V Verpflichtungen		223 358,22	207 869,04	+ 15 489,18
Summa Passiva		223 358,22	207 869,04	+ 15 489,18
Überschuß der Aktiva über die Passiva		1 595 992,79	1 410 685,99	+ 185 306,80

Beitragseinnahmen

Die Beiträge der versicherungspflichtigen Mitglieder, die je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden, errechneten sich unverändert mit 6 Prozent des Grundlohnes. Für Arbeitnehmer, die während der Krankheit für eine bestimmte Frist Arbeitsentgelt weiterbezahlen und infolgedessen während dieser Zeit keinen Anspruch auf Krankengeld haben, ermäßigt sich der Beitrag auf 5,4 Prozent des Grundlohnes.

Vergleichsweise sei hierzu mitgeteilt, daß der Regelbeitrag im Jahre 1951 im Durchschnitt aller Betriebskrankenkassen in Nordrhein-Westfalen 5,88 Prozent, im gesamten Bundesgebiet 5,74 Prozent gegenüber 6 Prozent bei uns betrug.

Die freiwilligen Mitglieder zahlen 4 Prozent des Grundlohnes. Dazu gehören auch die freiwillig weiterversicherten Angestellten, deren Entgelt die Summe von 375,— DM bzw. 500,— DM überschreitet.

Für die weiterbeschäftigten Rentner zahlt nur der Arbeitgeber seinen Beitragsanteil, von ihrem eigenen Anteil

sind diese Mitglieder befreit. Sie haben keinen Anspruch auf Barleistungen, können sich aber diesen Anspruch mit Ausnahme des Sterbegeldes durch eine freiwillige Zahlung von 2 Prozent des Grundlohnes sichern. Hiervon machen fast alle beschäftigten Rentner Gebrauch.

Von den Angestellten, die wegen Überschreitung der Versicherungsgrenze versicherungsfrei sind, machten 1073 von der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung Gebrauch. Im Jahre 1951 waren dies 914 Angestellte, ihre Zahl hat sich also um 159 = 6,75 Prozent vermehrt.

Kapitalerträge

Obwohl wir kein Bankgeschäft betreiben, müssen wir doch unsere Gelder so anlegen, daß sie auch Zinsen erbringen. Im Berichtsjahr hatten wir nachstehenden Zinsgewinn:

Anlage	Betrag DM	Zinsen DM	%
Betriebsmittel	veränderlich	11 393,67	3,1
Pfandbriefe	3 268,88	490,—	1,5
Sperrkonten	1 874,55	54,50	2,9
Festkonten	300 125,—	14 013,75	4,7
Rücklage LVA	81 601,08	4 826,10	5,9
Hypotheken	441 128,01	15 959,92	3,6
Nutzung der Geräte	36 616,84	1 470,—	4,0
		48 207,94	

Leistungsfälle 1952

	1952	1951	+ = zu — = ab
Mitglieder			
Ausgestellte Krankenscheine für Männer	44 657	34 856	+ 9 801
Ausgestellte Krankenscheine für Frauen	4 438	3 735	+ 703
darunter Zahnbehandlungsscheine für Männer	8 517	7 804	+ 713
darunter Zahnbehandlungsscheine für Frauen	881	995	— 114
Ausgestellte Krankenscheine auf 100 Mitglieder	308	274	+ 34
Arbeitsunfähigkeitsfälle der Männer	7 854	7 113	+ 741
Arbeitsunfähigkeitsfälle der Frauen	404	298	+ 106
dto. auf 100 Mitglieder	54,6	52,6	+ 2,0
dto. auf 100 Behandlungsfälle	16,8	19,2	— 2,4
Krankengeldtage der Männer	129 691	110 750	+ 18 941
dto. der Frauen	4 351	2 368	+ 1 983
dto. je Krankheitsfall	16,2	15,3	+ 0,9
Krankengeld je Krankheitstag DM	7,29	7,50	— 0,21
Krankenhausfälle der Männer	1 372	1 224	+ 148
Krankenhausfälle der Frauen	124	127	— 3
Krankenhaustage der Männer	40 589	31 078	+ 9 511
Krankenhaustage der Frauen	2 809	2 865	— 56
Krankenhausfälle auf 100 Mitglieder	9,9	9,6	+ 0,3
Krankenhausfälle auf 100 Krankheitsfälle	18,1	18,2	— 0,1
Krankenhaustage je Fall	29,0	25,1	+ 3,9
Krankenhauskosten je Fall DM	181,26	167,19	+ 14,07
Krankenhauskosten je Tag DM	6,25	6,65	— 0,40
Wochenhilfsfälle	21	18	+ 3
Wochengeldtage	1 963	1 516	+ 447
Stillgeldtage	2 602	2 008	+ 594
Sterbefälle von Männern	77	78	— 1
Sterbefälle von Frauen	8	6	+ 2
Angehörige			
Ausgestellte Krankenscheine für Erwachsene	29 083	23 818	+ 5 265
dto. für Kinder	21 931	13 850	+ 8 081
darunter Zahnbehandlungssch. f. Erwachsene	6 165	5 632	+ 533
dto. für Kinder	3 497	2 492	+ 1 005
Ausgestellte Krankenscheine für 100 Mitglieder	296	267	+ 29
Krankenhausfälle der Erwachsenen	1 317	1 163	+ 154
dto. der Kinder	989	603	+ 386
Krankenhaustage der Erwachsenen	29 561	26 212	+ 3 349
dto. der Kinder	31 349	14 400	+ 16 949
Krankenhausfälle auf hundert Mitglieder	15,2	12,5	+ 2,7
Krankenhaustage je Fall	26,4	23,0	+ 3,4
Krankenhauskosten je Fall DM	157,01	166,72	— 9,71
Krankenhauskosten je Tag DM	5,94	7,24	— 1,30
Wochenhilfsfälle	505	467	+ 38
Wochengeldtage	33 324	30 877	+ 2 447
Stillgeldtage	35 106	34 073	+ 1 033
Sterbefälle	90	93	— 3

Ärztliche Behandlung

Zur ärztlichen Behandlung der Mitglieder und ihrer Angehörigen sind in Dortmund 270 Ärzte zugelassen, dazu kommt eine hinreichende Anzahl von Ärzten in Hohenlimburg und Olpe. Unter diesen Ärzten haben die Kranken freie Wahl.

Die Bezahlung der Ärzte geschieht in der Form, daß die Kasse für jedes Mitglied einen bestimmten Betrag, das sogenannte Kopfpauschale bezahlt. Die Kassenärztliche Vereinigung verteilt diese Summe an die Ärzte. Während die Bezahlung bis zum 31. 12. 1951 auf Grund der von den Ärzten abgelieferten Krankenscheine erfolgte, bezahlt die Kassenärztliche Vereinigung ab 1. 1. 1952 ihre Ärzte nach den Leistungen. Gleichzeitig mit der Bezahlung nach Einzelleistungen wurde eine Erhöhung des Kopfpauschales um 25 Prozent vereinbart. Die Verteilung des Kopfpauschales auf die einzelnen Ärzte ergab für unsere Kasse, daß 93 Prozent der in der Preussischen Gebührenordnung festgelegten Sätze bezahlt werden konnten. Wenn man berücksichtigt, daß vor der Verteilung etwa 7 1/2 Prozent des Kopfpauschales von der Kassenärztlichen Vereinigung für allgemeine Kosten abgezogen waren, so ergibt sich, daß unsere Kopfpauschale für eine hundertprozentige Bezahlung der Ärzte ausreicht.

Außer dem Arztpauschale gehören zur ärztlichen Behandlung auch die ambulante Krankenhausbehandlung, die Fahrtkosten zum Arzt und die Abschreibung und Nutzungsbeträge für unsere eigenen Behandlungsgeräte.

Wir bezahlten für ärztliche Behandlung:

1951 441 368,11 DM = 31,30 DM je Mitglied,

1952 597 892,79 DM = 39,53 DM je Mitglied,

mithin 156 524,68 DM = 8,23 DM je Mitglied mehr.

Diese Arztausgaben setzten sich zusammen aus:

Arztpauschale	580 246,67 DM
Sonstige	17 646,12 DM
Zusammen	597 892,79 DM

Nach den Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung hatten wir 75 002 Behandlungsfälle, demnach entfällt auf jeden Behandlungsfall ein Honorar von 7,74 DM gegenüber 7,34 DM im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Fälle, die über ein Kalendervierteljahr hinausgehen, im neuen Vierteljahr als neue Fälle gewertet werden. Das ärztliche Honorar hat sich also um 0,40 DM je Fall erhöht. Außerdem sind in den Arztkosten 928,25 DM enthalten, die wir für Kriegsbeschädigte aufwandten und vom Bund erstattet bekamen.

Das Verhältnis zwischen den Kassenärzten und Krankenkassen war nach wie vor sehr gut. In dem Ortsausschuß, der zu diesem Zweck gebildet ist, wurden alle Fragen örtlicher Natur behandelt und zur Zufriedenheit beider Teile geregelt. Dazu ist zu bemerken, daß die Frage des Honorars zwischen den Spitzenverbänden der Ärzte und der Krankenkassen geregelt wird. Auch die Zulassung neuer Ärzte ist nicht Sache dieses Ausschusses, sondern wird vom Zulassungsausschuß beim Obergewerkschaftsamt geregelt, in welchem unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Obergewerkschaftsamtes Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen sitzen. Die örtlichen Vertretungen der Ärzte und der Krankenkassen äußern sich lediglich dazu, ob ein neuer Arztsitz erforderlich ist oder nicht.

Zahnärztliche Behandlung

Für die Zahnärzte und Dentisten zahlen Betriebskrankenkassen kein Kopfpauschale mehr, sondern diese Tätigkeit wird nach Einzelleistungen bezahlt. Wir wollen damit erreichen, daß der Zahnarzt in die Lage versetzt wird, an Stelle der Behebung von Notfällen eine wirkliche Sanierung des Mundes durchzuführen, so daß unsere Mitglieder ihre eigenen Zähne länger behalten können und weniger Zahnersatz gebrauchen. Selbstverständlich hat diese Behandlung nach Einzelleistungen eine Erhöhung unserer Zahnbehandlungskosten zur Folge gehabt. Während wir im Vorjahr je Mitglied 5,39 DM bezahlt haben, belief sich dieser Betrag im Berichtsjahr auf 115 869,69 DM gleich 7,66 DM je Mitglied.

Die Zahl der Behandlungsfälle betrug im Berichtsjahr 17 653 DM gegenüber 16 203 im Vorjahr. Infolge der besseren Bezahlung kostete jeder Behandlungsfall 6,13 DM gegenüber 5,16 DM im Vorjahr. Der Anteil der Zahnbehandlung an der Gesamtausgabe blieb mit 3 Prozent derselbe wie im Jahre 1951.

In den Zahnbehandlungskosten sind die Kosten für Zahnersatz nicht enthalten.

Auch mit den Zahnärzten hatten wir ein sehr gutes Verhältnis. Auch hier besteht ein örtlicher Ausschuß, in welchem Krankenkassen und Zahnärzte alle auftauchenden Fragen behandeln und zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigen.

Arznei und Heilmittel

Die bereits im Vorjahr berichtete ansteigende Tendenz hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt, und zwar ist eine erhebliche Erhöhung unserer Ausgaben sowohl für Mitglieder als auch für Angehörige zu verzeichnen. Das bezieht sich nicht nur auf die Arzneien aus Apotheken, sondern auch auf sonstige Arzneien und Heilmittel.

Die Ausgaben für Arzneimittel aus Apotheken sind auf das Mitglied umgerechnet gegenüber dem Vorjahr bei den Mitgliedern um 24,67 Prozent und bei den Angehörigen um 22,94 Prozent angestiegen. Diese Erhöhung läßt sich keinesfalls mit einer gewissen Steigerung der Preise für Arzneien allein erklären. Wir haben versucht, die Ursachen zu ermitteln. Das Resultat ist, daß infolge der höheren Morbidität mehr Verordnungen ausgestellt wurden und daß die Verordnungsweise sich ganz erheblich verteuert hat. Das mag zum Teil mit den neuen Heilmitteln, deren Preise ja erheblich höher sind, zusammenhängen.

Bei den Kosten für Heil- und Hilfsmittel fällt besonders die weiterhin erhebliche Steigerung der Kosten für Zahnersatz auf. Wir übernahmen die Kosten für losen Zahnersatz für Mitglieder und Angehörige in voller Höhe. Auch die Kosten für festen Zahnersatz wurden, wenn die Notwendigkeit durch den Vertrauenszahnarzt festgestellt worden war, sowohl für Mitglieder als auch für Angehörige in voller Höhe bis zu 250 DM übernommen. Notwendiger fester Zahnersatz überschreitet diesen Betrag äußerst selten. Die Kosten für Zahnersatz sind bei Mitgliedern von rund 143 000 DM auf rund 190 000 DM und bei Angehörigen von rund 89 000 DM auf rund 126 000 DM angestiegen. Unsere Hoffnungen, die wir daran knüpften, daß wir die Zahnärzte nach Einzelleistungen bezahlten, um sie in die Lage zu versetzen, mehr Sanierungen und weniger Zahnersatz zu machen, haben sich nicht erfüllt. Die im vorigen Jahre festgestellte Steigerung der Ausgaben für Bandagen, wobei es sich zum größten Teil um Leibbinden handelte, hat auch weiterhin angehalten.

Bei den Bädern handelt es sich um solche, die nicht in unserer Badeanstalt genommen werden. Die Ausgaben hierfür sind nicht angestiegen, woraus hervorgeht, daß unsere Mitglieder der eigenen Badeanstalt den Vorzug geben.

Die Ausgaben, die wir für die Badeanstalt gemacht haben, sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Es handelt sich hierbei nur um die Summe, die wir aus unseren Mitteln hierfür bezahlen. Die tatsächlichen Kosten, die das Werk trug, sind erheblich höher.

Für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel gaben wir aus:

	Für Arzneien aus Apotheken	Für sonstige Arzneien und Heilmittel
an Mitglieder	198 824,20 DM	264 224,84 DM
an Angehörige	202 649,19 DM	179 068,86 DM
Zusammen	401 473,39 DM	443 293,70 DM
= je Mitglied	26,55 DM	29,29 DM
= % d. Gesamtausgabe	10,9	12,2

Der Betrag für Heil- und Hilfsmittel setzte sich wie folgt zusammen:

Für	Mitglieder	Angehörige
Brillen	23 518,92 DM	13 645,72 DM
Bandagen	14 462,04 DM	25 340,48 DM
Verbandstoffe	2 155,48 DM	—
Bäder	1 137,43 DM	1 039,61 DM
Badeanstalt +	25 831,67 DM	10 583,36 DM
Zahnersatz	190 034,80 DM	126 363,64 DM
Sonstige	9 383,45 DM	2 096,05 DM
Zusammen	266 523,79 DM	179 068,86 DM
davon ab sonstige	2 298,95 DM	—
Verbleibt	264 224,84 DM	179 068,86 DM

Die Inanspruchnahme unserer Badeanstalt ist gegenüber dem Vorjahr ziffernmäßig etwas abgesunken, jedoch wertmäßig um etwa 5000 DM angestiegen.

Wir verabfolgten 1952:

3 170 Höhensonnenbestrahlungen	im Werte von 3 387,36 DM
8 709 Kurzwellen	im Werte von 12 582,66 DM
9 072 Lichtbäder	im Werte von 5 943,90 DM
1 173 sonstige Bestrahlungen	im Werte von 1 160,76 DM
13 367 Massagen	im Werte von 14 431,48 DM
807 Packungen	im Werte von 1 221,60 DM
10 601 Bäder	im Werte von 17 030,37 DM
924 Inhalationen	im Werte von 973,70 DM
3 997 Stangerbäder	im Werte von 11 991,— DM
539 sonstige elektr. Behandlungen	im Werte von 327,90 DM
52 359 Behandlungen	im Werte von 69 050,73 DM

Wir würden vielleicht mit einer geringeren Ausgabe für Bäder, Massagen und Bestrahlungen auskommen, wenn wir nicht so großzügig bei der Genehmigung verfahren würden. Zwar darf unsere Badeanstalt nicht ohne ärztliche Verordnung in Anspruch genommen werden, diese Forderung wird aber nur deswegen gestellt, weil wir vermeiden wollen, daß Behandlungen durchgeführt werden, die vom ärztlichen Standpunkt aus nicht angebracht oder gar schädlich sind. Wir glauben mit dieser großzügigen Gewährung von Bädern, Massagen und Bestrahlungen unseren Mitgliedern gute Dienste zu erweisen und in vielen Fällen Erkrankungen vorzubeugen, die uns wahrscheinlich sonst viel mehr Geld gekostet haben würden. Außer den in der Aufstellung angegebenen Heilmitteln haben wir noch Geräte in Betrieb, die nicht von uns selbst, sondern von der Werksärztlichen Dienststelle verwaltet werden, weil es sich um Behandlungen handelt, die unter direkter ärztlicher Aufsicht besser und richtiger durchgeführt werden können.

UNSERE PREISAUSSCHREIBEN

I.

Wir suchen das beste Foto

Rund 500 Fotos waren zu begutachten. Das Preisrichterkollegium — bestehend aus: Arbeitsdirektor Alfred Berndsen, Fotomeister Hering, Redakteur Hoischen, Rechtsanwalt Hümme, zweiter Betriebsratsvorsitzender Hutfilker — hat die Preisverteilung wie folgt vorgenommen:



Günter West, „Erfrischender Trunk“,
Leica IIIC, Elmar 5 cm, Blende 11,
 $\frac{1}{60}$ Sekunde, Adox KB 17

Hannelore Wibbeke, „Romantischer Winkel“, Retina 1a, Blende 8, $\frac{1}{50}$ Sekunde



FOTOS AUS DEN FERIEN

1. Preis 50,— DM: Hannelore Wibbeke, Hollerithabteilung.
2. Preis 35,— DM: Günter West, Walzwerk VIII.
3. Preis 30,— DM: Wilhelm Wolf, Hochofenbetriebe.
4. Preis: 25,— DM: Dieter Mahling, Hauptlabor.
5. Preis 20,— DM: Wolfgang Wieprecht, Bauhof.
6. Preis 20,— DM: Rolf Frielinghaus, Elektrotechn. Abteilung.
7. Preis 20,— DM: Helmut Meyer, Betriebsbuchhaltung.
8. Preis 20,— DM: Horst Kalitzky, Kaltwalzwerk.



Wilhelm Wolf, „Am Viadukt der Tauern-Bahn“

Wolfgang Wieprecht, „Brandung“,
Zeiss-Ikon Ikonta 4,5×6, Blende 3,5, $\frac{1}{100}$ Sekunde, Rotfilter



Horst Kalitzky



Helmut
Meyer,
„Schäfchen“,
Skopar
7,5 cm,
Blende 8,
 $\frac{1}{100}$ Sekunde,
 $\frac{17}{10}$ DIN,
helles Gelb-
filter

Dieter
Mahling,
Voss Diax,
Blende 16,
 $\frac{1}{25}$ Sekunde



Rolf Frielinghaus, „Am Gardasee“,
Kodak-Retina Ia, Blende 11, $\frac{1}{25}$ Sekunde, Perutz-Perpantik-Film



FOTOS

AUS DEM TAGLICHEN LEBEN

1. Preis 50,— DM: Marianne Scholz, Hollerithabteilung.
2. Preis 35,— DM: Horst Kalitzky, Kaltwalzwerk.
3. Preis 30,— DM: Alfred Schrimpf, Eisenbahnabteilung.

4. Preis 25,— DM: Irmgard Both, Betriebswirtschaft.

5. Preis 20,— DM: Wolfgang Wieprecht, Bauhof.

Die Preise 6 bis 8 wurden nicht verteilt.

Ein Sonderpreis in Höhe von 30,— DM erhielt Josef Graben, Hoesch-Eisenhandel, dessen Einsendungen außer Konkurrenz gewertet wurden.



Marianne
Scholz,
„Sonniger
Abend“,
Retina Ia,
Blende 8,
 $\frac{1}{25}$ Sekunde



Alfred Schrimpf,
„Nach der
Schicht“

Irmgard Both,
„Ritter und
St. Reinoldi -
ein Wahrzeichen
unserer Stadt“,
Dixax, Blende 8,
 $\frac{1}{50}$ Sekunde,
 $\frac{17}{10}$ DIN Film

Wolfgang
Wieprecht,
„Witz-
erzählung“,
Zeiss Ikon
Ikonta 4,5×6,
Blende 4,
 $\frac{1}{100}$ Sekunde



Horst Kalitzky



Josef Graben, Dortmund einmal anders: „Kronprinzenstr.“,
Prominent 24×36, $\frac{1}{25}$ Sekunde, Blende 2,8

II. Wir suchen die beste Anekdote

Hier war eine Entscheidung für das Preisrichterkollegium — bestehend aus Arbeitsdirektor Alfred Berndsen, Redakteur Hoischen, Rechtsanwalt Hümme, zweiter Betriebsratsvorsitzender Hufilker — unmöglich. Die meisten der 163 Einsendungen brachten wirklich nette „Döhnkes“. Es erschienen so viele gleichwertig, daß das Los entscheiden mußte.

1. Preis 100,— DM: Paul Rösler, Zurecherei II.
2. Preis 75,— DM: Walter Rüsing, Maschinenabteilung.
3. Preis 50,— DM: Fritz Korte, Rentner.
4. Preis 40,— DM: Bernhard Marunga, Hochofen.
5. Preis 30,— DM: Helmut Latta, Versuchsanstalt.
6. Preis 25,— DM: Wilhelm Stember, Drahtverfeinerung.
7. Preis 20,— DM: Josef Baranek, Werksaufsicht.
8. Preis 10,— DM: Bruno Meller, Drahtverfeinerung.

9. Preis 10,— DM: Friedrich Leppert, Bauabteilung.
10. Preis 10,— DM: Adolf Manthey, Hausverwaltung.
11. Preis 10,— DM: Hans Neumann, Bauabteilung.
12. Preis 10,— DM: Friedrich Lockemann, Drahtverfeinerung.

Wir werden die meisten Erzählungen — ob sie nun prämiert wurden oder nicht — in unserer Zeitschrift veröffentlichen. Die Veröffentlichung einer Erzählung, die nicht prämiert wurde, soll dem Einsender mit einem „Honorar“ in Höhe von 10 DM abgegolten werden. Wir glauben, daß die Kollegen in den Betrieben und Abteilungen viel Freude an den Veröffentlichungen haben werden.

Wir freuen uns über die gute Beteiligung an den Preisausschreiben, besonders auch an der starken Anteilnahme unserer Rentner, Invaliden und Witwen, die uns manches erzählten von dem, was und wie es früher war und die durch ihre Einsendungen zur Schaffung einer lebendigen Werksgeschichte beitrugen.



Die Klimakammer hat sich besonders bei Keuchhusten sehr bewährt. Wir konnten diese Krankheit, bei der die Kinder sonst erheblich zurückkommen, durch einige wenige Sitzungen in der Klimakammer in kürzester Zeit zum Abklingen bringen. Die Klimakammer wurde in 351 Fällen in Anspruch genommen, davon wurde Heilung bzw. Besserung erzielt in 294 Fällen, erfolglos oder zweifelhaft blieben 57 Fälle. Es fanden 3887 Sitzungen in der Klimakammer statt.

Die Ultraschallbehandlung wird nach den neuesten Erfahrungen durchgeführt und auf solche Fälle beschränkt, in denen sie nachweislich Erfolg hat. Bewußt wird davon abgesehen, mit diesem Gerät Experimente zu machen. Die Ultraschall-Therapie wurde 846mal angewendet.

Die Erfolge bei der Ultraschallbehandlung waren bei ein und derselben Erkrankungsart ganz unterschiedlich, was anscheinend mit der verschiedenen Reaktionsbereitschaft des jeweiligen Organs in Zusammenhang steht, jedoch überwogen die Erfolge zahlenmäßig jeweils die Versager. Besonders gut sprechen die schlechtheilenden Wunden und hier wieder das Unterschenkelgeschwür auf die Behandlung mit Ultraschall an.

Unser Inhalatorium wird ergänzt durch eine uns ebenfalls gehörende Inhalieranlage, die beim dem Werksarzt untergebracht ist und dazu dient, Inhalationen unter ärztlicher Aufsicht zu geben, beispielsweise mit Penicillin. Im Berichtsjahr wurden dort 454 Inhalationen abgegeben.

Um den Gesundheitszustand unserer Mitglieder prüfen zu können, hat das Werk bei der Werksärztlichen Dienststelle ein Reihenuntersuchungsgerät angeschafft. Ein Röntgen-Diagnostik-Gerät wurde von uns angeschafft, um dem Werksarzt zu ermöglichen, in den Fällen, in denen die Notwendigkeit der Heilbehandlung festgestellt wird, die richtige Behandlung einzuleiten. Es wurde in 5147 Fällen benutzt.

Krankenhauspflege

Die Krankenhauspflege stellt keine Pflichtleistung der Krankenkasse dar, sondern die Kasse kann diese an Stelle von Krankenpflege und Krankengeld übernehmen. Bei Angehörigen handelt es sich hierbei um eine Mehrleistung, die die Kasse nicht oder nicht in voller Höhe zu übernehmen braucht. Wir führen notwendige Krankenhausbehandlung sowohl bei Mitgliedern als auch bei Angehörigen stets durch und übernehmen die Kosten auch bei Angehörigen in voller Höhe. Auch die Transportkosten sind hierin enthalten. Unsere Ausgaben für Krankenhauspflege sind wieder erheblich angestiegen. Dies ist einerseits auf die erhöhte Verweildauer, andererseits aber auch auf die weiter andauernde Erhöhung der Pflegesätze zurückzuführen. So zahlten wir beispielsweise den Städtischen Krankenanstalten Dortmund am 1. Januar 1952 8,— DM und ab 1. Februar 1952 8,60 DM je Tag. Da in diesem Hause häufig schwere Operationen durchgeführt werden, ist die lange Verweildauer möglicherweise hierauf zurückzuführen. Für Kinder werden $\frac{1}{3}$ dieser Sätze bezahlt.

Die Pflegesätze der anderen Krankenhäuser stiegen entsprechend an.

Wir hatten mithin im laufenden Geschäftsjahr eine Erhöhung um etwa 7,5 Prozent zu verzeichnen. Seit 1947 stieg der Satz von 4,70 DM auf 8,60 DM, also um 3,90 DM, das sind rund 83 Prozent! Unseres Erachtens überschreitet dieser Satz bei weitem die auf anderen Gebieten festgestellten Preissteigerungen. Die Aufwärtsentwicklung der Krankenhauspflegekosten hält noch weiter an und bereitet uns ernste Sorgen.

Unsere Ausgaben für Krankenhauspflege betrugen im Jahre 1952 insgesamt 555 509,45 DM = je Mitglied 36,73 DM, davon für Mitglieder 271 175,10 DM = je Mitglied 17,93 DM, für Angehörige 284 334,35 DM = je Mitglied 18,80 DM.

Krankengeld

Unsere Ausgabe für Krankengeld hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht, sowohl was die absolute Ausgabe als auch die Ausgabe je Mitglied angeht. Während wir im Jahre 1951 durchschnittlich 60,20 DM je Mitglied ausgaben, waren es im Berichtsjahr 64,59 DM. Hierfür ist nicht ein vermehrter Krankenstand die Ursache, wir konnten im Gegenteil feststellen, daß der durchschnittliche Krankenstand von 4,02 auf 100 Mitglieder auf 3,77 herabgegangen war. Maßgeblich war in der Hauptsache die am 1. September 1952 in Kraft getretene Erhöhung der Versicherungsgrenze von 375,— DM auf 500,— DM. Damit ist erreicht worden, daß Mitglieder, die einen höheren Verdienst und daher bei Krankheitsfällen auch einen größeren Verdienstausschlag haben, ein höheres Krankengeld beziehen. Sie bezahlen ja auch einen höheren Beitrag. Die bestehende Unterversicherung wurde damit beseitigt.

Wir gaben an Krankengeld aus:

1951 848 679,45 DM = 60,20 DM je Mitglied = 28 Prozent der Gesamtausgabe,
1952 977 018,38 DM = 64,59 DM je Mitglied = 26,83 Proz. der Gesamtausgabe.

Bei den einzelnen Dienststellen konnten wir überall einen Rückgang in der Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle feststellen. Im Jahre 1952 stellte sich die Zahl der Krankheitsfälle wie folgt:

Dienststelle	Fälle	Tage
Dortmund	5119	101 266
Hohenlimburg	1453	28 728
Barop	466	8 959
Olpe	111	2 443
Zusammen	7149	141 396

Hausgeld

Damit die Familie eines im Krankenhaus untergebrachten Mitgliedes nicht durch Mangel an Geldmitteln in Not kommt, wird während dieser Zeit solchen Mitgliedern, die bisher Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben, ein Hausgeld gezahlt.

Wir zahlten hierfür 1952:

129 022,13 DM = je Mitglied 8,53 DM = 3,5 Prozent der Gesamtausgabe.

Taschengeld

Für ledige Versicherte haben wir von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Taschengeld in Höhe des halben Krankengeldes zu zahlen. Wir wandten im Jahre 1952 hierfür 18 867,96 DM auf, das sind 1,25 DM je Mitglied. Von unserer Gesamtausgabe macht das 0,5 Prozent aus.

Wochenhilfe

a) Mitglieder.

Da wir unter 14 304 Mitgliedern nur 858 beschäftigte Frauen haben, ist die Zahl der Wochenhilfsfälle für Mitglieder bei uns sehr gering. Sie ist gegenüber dem Vor-

jahr nur geringfügig, nämlich von 18 auf 21 angestiegen. Von der Möglichkeit, in einem Wöchnerinnenheim entbunden zu werden, machten mehr Mitglieder als im Vorjahr, nämlich 10, Gebrauch, wohingegen es im Vorjahr nur vier waren. Für Mitgliederwochenhilfe gaben wir 15 174,01 DM aus, das ist 1,— DM je Mitglied und macht 0,4 Prozent der Gesamtausgabe aus.

b) Angehörige.

Die Zahl der Familienwochenhilfsfälle stieg von 467 im Vorjahr auf 505 im Berichtsjahr an. Hiervon fanden 214 Entbindungen in einem Wöchnerinnenheim statt. Wir gaben hierfür 89 799,37 DM = 5,94 DM je Mitglied = 2,5 Prozent der Gesamtausgabe aus.

Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge

Unserem Grundsatz, durch Vorbeugungen möglichst ernsteren Erkrankungen rechtzeitig zu begegnen, sind wir auch im Berichtsjahr treu geblieben und haben der Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Wir hatten Verträge mit folgenden Erholungsheimen:

Amecke am Sarpesee	14 Plätze
Brunskappel bei Winterberg	12 "
Siepen bei Iserlohn	6 "
Körbecke am Möhnesee	2 "
Fredeburg (Sauerland)	4 "
Warstein	4 "
Damscheid im Hunsrück	6 "

Durchgeführt wurden:

für	Kuren		Verpflegungstage	
	1952	1951	1952	1951
Mitglieder	369	436	10 154	12 208
Angehörige	228	286	5 968	8 008
Zusammen	597	722	16 122	20 216
Kinderkuren Zuschuß	482	488	18 316	18 970

Sterbegeld

Zu den Leistungen der Krankenversicherung gehört auch ein Sterbegeld, das die Reichsversicherungsordnung auf das 20fache des Grundlohnes festgesetzt hat. Als Mehrleistung kann es auf das 40fache des Grundlohnes erhöht werden. Von dieser Möglichkeit haben wir Gebrauch gemacht.

Unter den Mitgliedern traten 77 Sterbefälle von Männern, 8 Sterbefälle von Frauen, zusammen 85 Sterbefälle ein.

Wir zahlten an Sterbegeld 33 071,60 DM = je Mitglied 2,19 DM, das sind 0,9 Prozent der Gesamtausgabe.

Für 90 Sterbefälle von Angehörigen gaben wir 23 201,37 DM gleich je Mitglied 1,53 DM aus, das sind 0,6 Prozent der Gesamtausgabe.

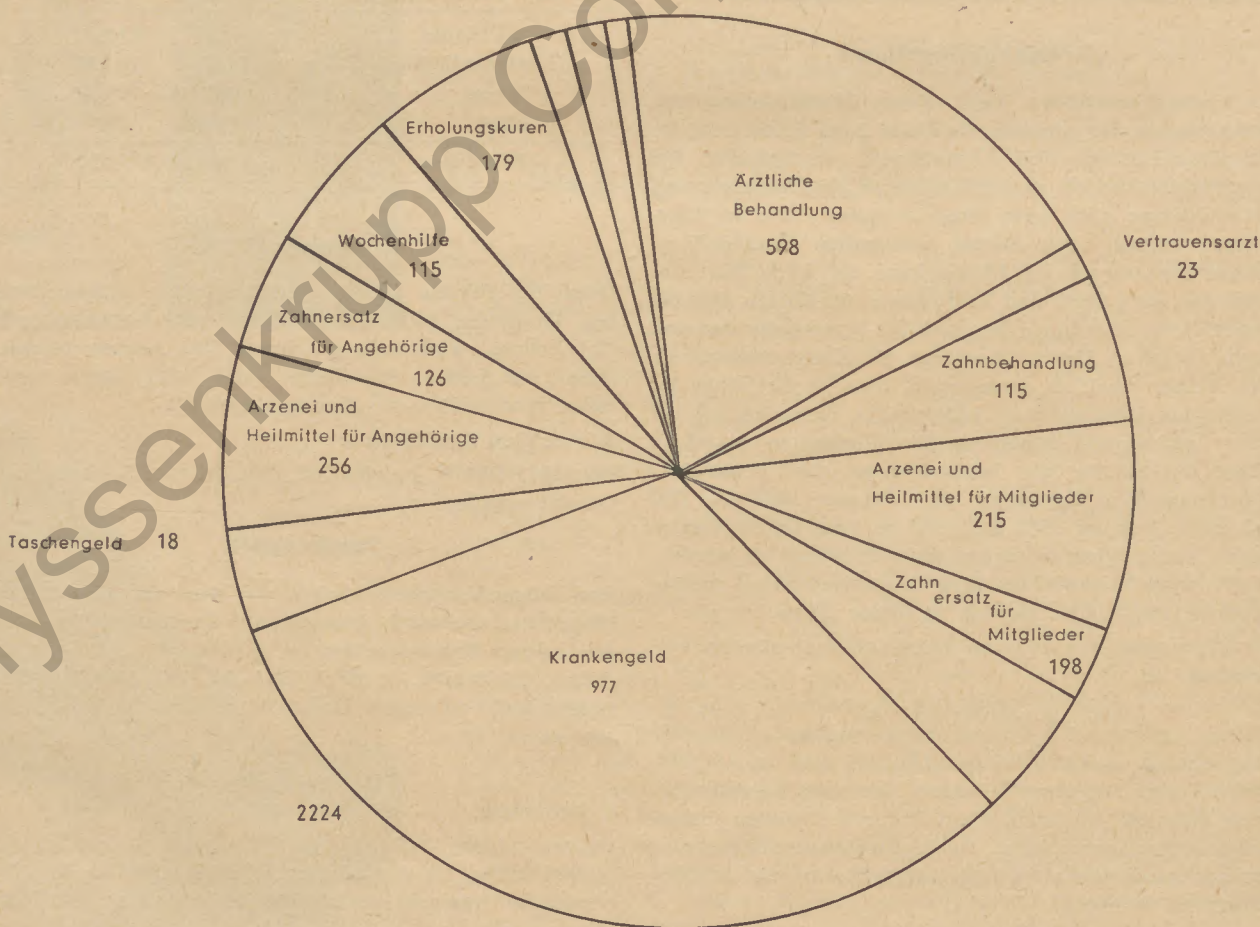
Verwaltungskosten

Die persönlichen Verwaltungskosten einer Betriebskrankenkasse hat nach dem Gesetz der Arbeitgeber zu tragen. Es kommen also als Verwaltungskosten nur die sächlichen

Ausgaben

Zahlen in 1000 DM

Sterbegeld { Mitglieder 33
Angehörige 23
Verwaltungskosten 5
Mehrausgaben 20



Ausgaben in Frage, die die Krankenkasse zu tragen hat. Bei der engen Betriebsverbundenheit trägt aber darüber hinaus der Arbeitgeber auch noch einen Teil der sächlichen Verwaltungskosten.

Wir hatten daher nur 4 757,80 DM Verwaltungskosten, das sind 0,31 DM je Mitglied = 0,13 Prozent der Gesamtausgabe.

Verhältnis zu anderen Versicherungsträgern

I. Berufsgenossenschaft.

Die Berufsgenossenschaften, die für jeden Berufszweig gebildet sind, führen die gesetzliche Unfallversicherung durch. Ihre Aufgaben sind im wesentlichen die Unfallverhütung, das Heilverfahren für Verletzte und die Rentenzahlung bei Beschädigten. Auf dem Gebiete des Heilverfahrens fallen ihre Aufgaben mit denen der Krankenversicherung zusammen. In der Hauptsache arbeiten wir mit der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, Sektion 4. Die Zusammenarbeit kann, wie auch in früheren Jahren, als sehr gut bezeichnet werden. Im Berichtsjahr hatten wir mehr Unfälle als im Vorjahr, nämlich 1617 Arbeitsunfälle in Dortmund gegenüber 1544 im Vorjahr. Die Entschädigung der Berufsgenossenschaft betrug 28 507,71 DM. Erwähnt werden mag hierbei, daß die Entschädigung am 1. 1. 1952 von 11,75 DM auf 17,63 DM erhöht wurde. Die Krankheitsdauer infolge von Arbeitsunfällen hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Sie belief sich auf 41 728 Tage, für jeden Unfall auf 25,8 Tage gegen 20,6 Tage im Vorjahr.

Tödlich verliefen 8 Unfälle (im Vorjahre 6), darunter 1 Wegeunfall.

II. Landesversicherungsanstalt.

a) Gemeinschaftsaufgaben.

1. Gemeinschaftsrücklage.

1952 wurden 31 502,— DM an die Landesversicherungsanstalt abgeführt.

2. Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge.

Die LVA vermittelte für unsere Mitglieder 23 Kuren in Badeorten, für die wir 8 579,15 DM vergüteten.

3. Vertrauensärztlicher Dienst.

Die Durchführung des vertrauensärztlichen Dienstes ist Angelegenheit der Landesversicherungsanstalt. Wir berichteten darüber bereits unter „Vertrauensarzt“.

b) Invalidenversicherung.

Die Invalidenversicherung führte im Berichtsjahr 188 Heilverfahren unserer Mitglieder durch, davon 33 Tuberkuloseheilverfahren, und vergütete uns 50 319,32 DM für vorgelegtes Hausgeld.

Wir zogen zur Invalidenversicherung an Beiträgen 6 407 480,42 DM ein und erhielten hierfür eine Vergütung von 12 800,05 DM.

c) Angestelltenversicherung.

An Beiträgen zogen wir 743 200,79 DM ein. Die Vergütung hierfür betrug 1 539,98 DM.

d) Außenstelle für Kriegsbeschädigte.

Wir rechneten hierfür 10 753,14 DM ab.

III. Arbeitslosenversicherung.

Auch im Berichtsjahr hatten wir wenig Arbeitslose, die sich bei uns weiterversicherten, jedoch war der Beitrag, den wir vom Arbeitsamt erhielten, etwas höher als im Vorjahr. Er betrug 2 189,12 DM.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die wir an das Landesarbeitsamt abführten, betrugen 2 405 342,57 DM, die Vergütung, die wir hierfür bekamen, belief sich auf 2 432,87 DM.

Verbände und Arbeitsgemeinschaften

Die Krankenversicherung ist ohne den Zusammenschluß der Krankenkassen in Verbänden kaum so durchzuführen, wie das im Interesse der Versicherten erforderlich ist. Wir gehören seit Jahrzehnten dem Verband der Betriebskrankenkassen an. Örtlich sind wir zusammengeschlossen zu einer Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen in Dortmund. Unsere Nebenstelle Hohenlimburg gehört zu der Arbeitsgemeinschaft Hagen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Betriebskrankenkassen war auch im Berichtsjahr sehr gut und fruchtbringend.

Im Gegensatz zu manchen anderen Plätzen arbeiten in Dortmund auch die anderen Kassenarten mit den Betriebskrankenkassen eng zusammen. Wir haben in Dortmund eine Arbeitsgemeinschaft, in der alle gemeinsamen Fragen besprochen und durchgeführt werden. Die Arbeit war auch im Berichtsjahr sehr gut und erfolgreich.

An Beiträgen zahlten wir:

An den Verband der Betriebskrankenkassen 4 410,— DM

An die Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkasse Dortmund 346,86 DM

An die Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkasse Hagen 238,30 DM

Bei der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Krankenkassen entstehen keine besonderen Kosten.

Zusammenfassend freuen wir uns, berichten zu können, daß die Kasse auch im Berichtsjahr in der Lage war, ihrer Aufgabe, für die Versicherten gesundheitlich zu sorgen, voll und ganz gerecht zu werden. Es ist uns möglich gewesen, die Mehrleistungen aufrechtzuerhalten und sie teilweise noch erheblich auszubauen.

Auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse konnte trotz der hohen Leistungen gehalten werden, weil unsere Mitglieder Disziplin hielten und die Kasse nur dann in Anspruch genommen haben, wenn dies erforderlich war. Die Erfolge, über die wir berichten konnten, wären nicht möglich gewesen ohne die Mitarbeit sowohl unserer Versicherten als auch der beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter. Wir möchten nicht verfehlen, ihnen an dieser Stelle für ihre rege und verständnisvolle Mitarbeit zu danken. Wir hoffen und wünschen für das neue Geschäftsjahr auch unter dem Zeichen der Selbstverwaltung eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Durchgangsarzt-Verfahren bei Arbeitsunfällen!

Die Berufsgenossenschaft hat uns mitgeteilt, daß sie Herrn Dr. Kellner, Facharzt für Chirurgie, Dortmund, Bornstraße 64, als Durchgangsarzt zugelassen hat. Herr Dr. Kellner, der für die Behandlung von Verletzten besonders ausgebildet ist, kann mit sofortiger Wirkung bei Arbeitsunfällen in Anspruch genommen werden.

Zahnersatz

Um entstehende Unklarheiten bezüglich der Erledigung von Zahnersatzanträgen zu beseitigen, teilen wir folgendes mit:

Bei beantragten Reparaturen werden die Anträge nach Erledigung von uns direkt an den Zahnarzt geschickt. Die Mitglieder können sich also einfach wieder zu ihrem Zahnarzt begeben.

Anträge auf Neuanfertigung senden wir nach Erledigung den Mitgliedern zu, wenn diese sie nicht bei uns abholen.

In Fällen, bei denen eine Rücksprache erforderlich ist, wird das Mitglied durch den Betrieb gebeten, bei uns vorzusprechen.

Ein ernstes Wort an unsere Mitglieder

Nachdem wir über das Geschäftsjahr 1952 einen günstigen Bericht bringen konnten, hat das neue Jahr leider nicht den gleichen Erfolg gebracht. Abgesehen von der Grippe-epidemie zu Beginn des Jahres, die uns sehr viel Geld gekostet hat, blieben auch nachher die Verpflichtungen der Kasse außerordentlich hoch. Neben den Krankenhauskosten, die einerseits durch Erhöhung der Pflegesätze, andererseits aber auch durch immer stärkere Inanspruchnahme erheblich anstiegen, ist die angespannte Lage der Kasse in der Hauptsache auf die außerordentlich hohe Anzahl von arbeitsunfähigen Kranken zurückzuführen. Es feierten etwa ein Viertel mehr Mitglieder krank als in der gleichen Zeit des Vorjahres, außerdem ist auch infolge der Steigerung der Grundlohnsumme das tägliche Krankengeld erheblich höher geworden. Diese Ausgaben sind so hoch, daß wir die bisherigen Leistungen in voller Höhe nicht mehr gewähren können. Eine Erhöhung der Beiträge, an die zunächst gedacht wurde, läßt sich z. Z. nicht durchführen.

Der Vorstand der Kasse hat daher in seiner Sitzung vom 6.8.1953 beschlossen, die Leistungen so weit herabzusetzen, daß Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Wenngleich die Mehrkosten in erster Linie auf Krankenhauspflege und Krankengeld zurückzuführen sind, so wurde doch von einer Kürzung bei diesen Grundleistungen abgesehen, die an sich dadurch möglich wäre, daß die Familienzuschläge zum Krankengeld fortfallen und für Krankenhauspflege von Angehörigen eine Selbstbeteiligung des Mitgliedes wieder eingeführt wird. Statt dessen wurde folgendes beschlossen: Bei Zahnersatz soll

von einer allgemeinen Zuzahlungspflicht von etwa $\frac{1}{3}$, die an sich nötig wäre, abgesehen werden. Statt dessen wird der Zuschuß bei festem Zahnersatz auf 10 DM je Glied festgesetzt. Das gilt für Mitglieder und für Angehörige. Erholungskuren, die notwendig sind, sollen für Mitglieder nach wie vor ohne eigene Zuzahlung durchgeführt werden, jedoch ist es nicht mehr möglich, während der Kur das volle Krankengeld zu zahlen, sondern es wird nur noch Hausgeld gezahlt.

Bei notwendigen Kuren von Angehörigen ist ein Drittel der Kosten selbst zu übernehmen, jedoch nicht mehr als 100 DM.

Diese Maßnahmen sind mit dem 7.8.1953 in Kraft getreten.

Durch Satzungsänderung soll das Sterbegeld für Totgeburten auf 50 DM herabgesetzt werden. Die Beiträge für freiwillige Mitglieder sollen durch Satzungsänderung neu geordnet werden. Diese beiden Satzungsänderungen schlägt der Vorstand der Vertreterversammlung vor, darüber zu beschließen hat diese.

Wir hoffen, daß wir die verbleibenden noch sehr nennenswerten Mehrleistungen beibehalten können, jedoch ist dies nur dann möglich, wenn die alte Disziplin unter unseren Mitgliedern wieder einkehrt, wenn nicht mehr krankgefeiert wird, als nötig ist, wenn die Kassenmittel nur im Rahmen des Notwendigen in Anspruch genommen werden. Im Interesse aller fordern wir unsere Mitglieder auf, uns auf diesem Gebiete zu helfen, die Leistungen weiterhin in der jetzigen Höhe zu erhalten.

— Köhling —

Klebt die Marken rechtzeitig

Viele Mitarbeiter und viele Ehefrauen kleben freiwillige Beiträge. Ihnen wird folgende Entscheidung des Oberversicherungsamtes Speyer zu denken geben müssen: Erst nach Eintritt der Invalidität in die Quittungskarte geklebte Beitragsmarken sind rechtswirksam selbst dann nicht entrichtet, wenn sie nachweisbar vor Eintritt des Versicherungsfalles bei der Post erworben wurden. Das Einkleben freiwilliger Beitragsmarken auf einem losen, mit der Quittungskarte verbundenen Bogen ist rechtswirksame Beitragsentrichtung auch dann, wenn die Entrichtungsart mit Hilfe eines Bediensteten des Versicherungsamtes erfolgte.

Es handelt sich darum, daß eine Versicherte am 1.8.1951 invalide wurde. Vor dem 1.1.1949 war die letzte Marke am 2.4.1927 entwertet. Im Jahre 1949 hatte sie 16 Marken geklebt. Da die Anwartschaft bis zum 31.12.1948 erhalten geblieben war, mußte sie für die Jahre 1949, 1950 und 1951 je 26 Marken geklebt haben. Anfang 1951 hat sie diese Marken bei der Post gekauft, aber erst am 6.8.1951 brachte sie diese Marken zum Versicherungsamt. Dort wurden die für 1949 fehlenden 10 Marken und die 26 Marken für 1950 in die vorhandene Invalidenkarte ein-

geklebt. Weil der Platz nicht ausreichte, wurde ein Bogen eingeklebt. Die Marken für 1951 wurden in eine neue Karte geklebt.

Die Landesversicherungsanstalt lehnte die Gewährung der Rente ab, weil die Marken, die auf dem losen Bogen waren, ungültig sind und weil sämtliche nachgeklebten Marken erst nach Eintritt der Invalidität geklebt, also rechtswirksam sind. Das Oberversicherungsamt hat der Landesversicherungsanstalt recht gegeben. Marken, die nicht direkt in die Karte geklebt werden, sind ungültig. Beiträge, die nach Eintritt der Invalidität verwendet werden, sind rechtswirksam. Dabei kommt es darauf an, wann die Marken geklebt werden, nicht wann sie gekauft worden sind. Das Versicherungsamt kann für den Fehler, den es mit der Verwendung des eingeklebten Bogens gemacht hat, nicht verantwortlich gemacht werden, denn das Verwenden der Marken ist Sache des Versicherten und keine Amtshandlung des Versicherungsamtes. Dieses hat die Verwertung der Marken nur aus Gefälligkeit durchgeführt.

Also: rechtzeitig und ordnungsgemäß die Marken kleben! Ein Versäumnis rächt sich bitter und empfindlich!



**Das leistungsfähige
Textilhaus
des Dortmunder Nordens**

DAS REISEBÜRO FÜR ALLE IHRE WÜNSCHE



DORTMUNDER REISEBÜRO G.m.b.H.

Dortmund, am Stadthaus und am Hauptbahnhof · Telefon 238 56/57

Von der Fahrkarte bis zur Reise um die Welt
Fahrausweise nach allen europäischen Bahnhöfen
Flug- und Schiffsplätze nach allen Häfen der Welt
Ferienreisen · Sonderzugreisen · Omnibusfahrten
Touropa-Reisen im In- und Ausland
Erholungsreisen zur See

DAS HAUS IHRES VERTRAUENS

Heiland
DORTMUND
HANSASTRASSE 36

*Eadet zur freien Besichtigung seiner
gewaltigen Auswahl ein.*

**HERDE · OFEN · WASCHMASCHINEN
NAHMASCHINEN · KINDERWAGEN**

*Vorführung jederzeit
Angenehme Zahlungsweise
Lieferung frei Haus!*

ANTON GERSMANN

Das Haus der Geschenke

Das Fachgeschäft für:

Uhren, Schmuck, Bestecke, Trauringe

Feine Lederwaren, Koffer, Reiseartikel

Münsterstraße 47, Ecke Kielstraße

Nur erste
Markenfabrikate



elegant und
formschön

(Auf Wunsch Zahlungserleichterung)

Nach Neueröffnung

einer weiteren großen Etage bieten wir in überwältigender Auswahl an:
TEPPICHE · BETTUMRANDUNGEN · TAGESDECKEN
OBERBETTEN · POLSTERMÖBEL · EINZELMÖBEL

Man kauft preiswert - und zahlt bequemer!

Möller & Nieland

MÖBELHAUS
Münsterstraße 3/Am Burgtor

POLSTERMÖBEL-ECKE
Münsterstraße 105/Mallinkrodtstraße

Bettenkauf ist Vertrauenssache
Für jedes Bett volle Garantie
Moderne Bettfedern-Reinigung

Textilhaus Röpcke
BORSIGPLATZ

Aussteuerwaren
Wäsche - Gardinen
Kaufe bar und spar
Vemlinde-Rabattmarken

Ein Blick in die Schaufenster der Firma

RADIO-KIRCHHOFF

Münsterstraße 49
Straßenbahn-Haltestelle Steinplatz Tel.-Nr. 35795

zeigt Ihnen einen großen Teil der
Düsseldorfer Rundfunk-, Phono- und Fernseh-Ausstellung
mit den Modellen des neuen Rundfunkjahres 1953/54

Nach Besichtigung unserer Schaufenster und Ausstellungs-
räume stehen Ihnen unsere behaglich eingerichteten Vor-
führungsräume und unser geschultes Fachpersonal zur
weiteren unverbindlichen Vorführung bereitwilligst zur Ver-
fügung.

Geschäftszeit durchgehend

Bequeme Teilzahlung — Eigene Finanzierung

Textilwaren und Konfektion
sowie sämtliche Manufakturwaren,
Betten, Matratzen, Gardinen,
Aussteuer

FRIEDRICH WESTERHOLT

Dortmund Stahlwerkstraße 37 - Ruf 22923

Arnsberg Jägerstraße 8

Auf Wunsch Teilzahlung!

Das Beste
vom Besten

Oerlecke-
Kleidung

Oerlecke
Das große Fachgeschäft für Herrenbekleidung
Dortmund, Ostenhellweg 39

Kaufabkommen mit der Beamtenbank

Seit 1905

H. & K. KERSTGES

Maßschneiderei

DORTMUND

Ostenhellweg 39 • Ruf 23479

Kaufabkommen mit der Sozial-Abteilung

Westfälische
Porzellan- und Glasniederlage

Hoffmann-Kessel

PORZELLAN — KRISTALL
KUNSTGEWERBE
WIRTEBEDARFSARTIKEL

Dortmund-Reinoldstr. 6 gegenüber der Handwerkskammer

DORTMUNDS GRÖSSTE PELZETAGE

Pelze
H.M. MÜLLER

WESTENHELLWEG 43 • 1. ETAGE

BEKANNT • BELIEBT • EMPFOHLEN

Pelze
H.M. MÜLLER

WESTENHELLWEG 43 • 1. ETAGE

DAS FACHGESCHÄFT FÜR SIE

Pelze
H.M. MÜLLER

WESTENHELLWEG 43 • 1. ETAGE

ABENDE



BUNTE

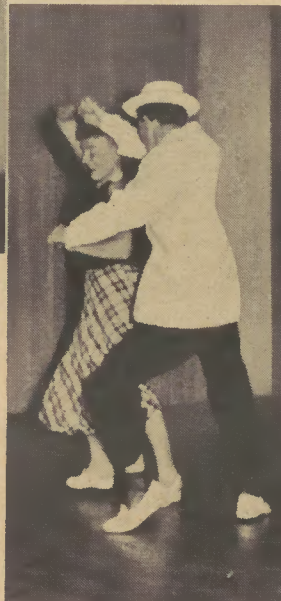


Auch in diesem Winter veranstaltet unsere
Sozialabteilung wieder einige bunte
Abende für unsere Mitarbeiter. Das reichhaltige
Winterprogramm begann mit einem

gut gelungenen und freudig aufgenommenen Abend Ende September

im Festsaal unserer Hütte. Die Bekanntgabe der Abende

erfolgt rechtzeitig durch Anschlag.



O Täler weit, o Höhen...

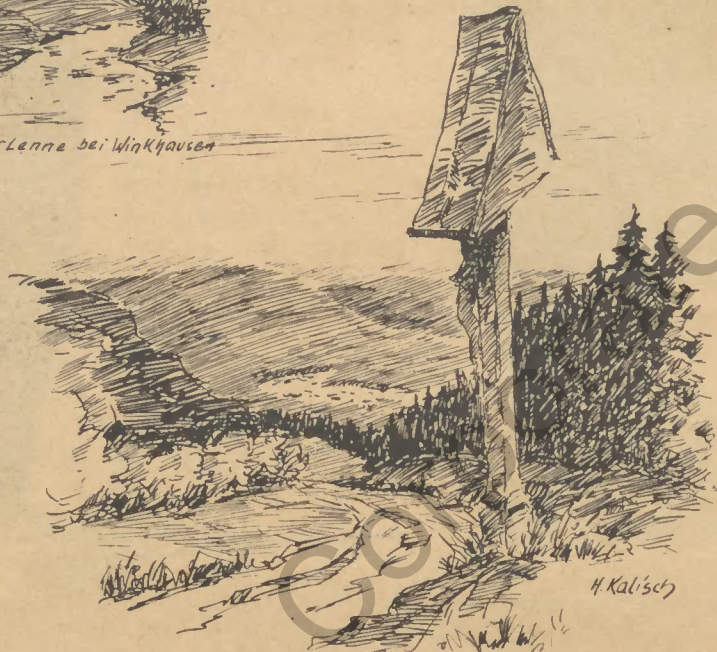
Zeichnungen von einem Ferienaufenthalt in Gleidorf
(Wanderung nach Berleburg)



an der Lenne bei Winkhausen



Wanderung ins Wittgensteiner Land
Blick von Schanze ins Hochsauer-
Land

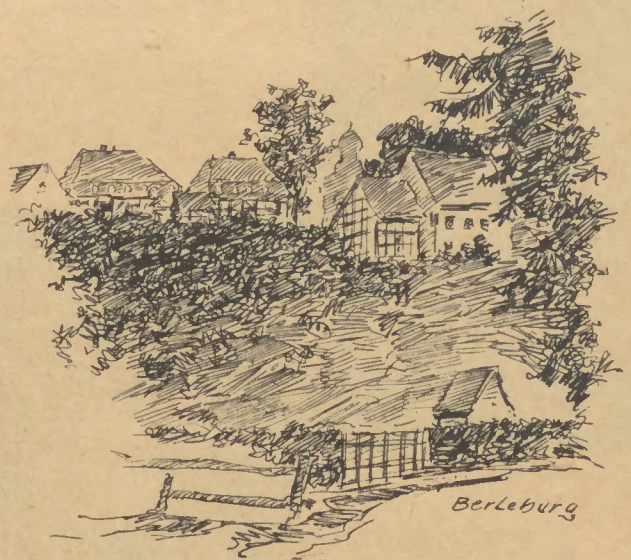


H. Kalisch

Kreuz am Wege nach Nordensau



die Linde auf der
Höhe zum Kloster
Grafschaft



Berleburg

Heinz Kalisch, in unserer Gaszentrale, zeichnete diese Seite für unsere Werkzeitschrift

Wir kommentieren und glossieren

Zollkontingente für Eisen und Stahl

Durch die vom Bundeskabinett beschlossene Einführung eines zollbegünstigten Einfuhrkontingents in Höhe von 120 000 t Roheisen und Walzstahl monatlich wird praktisch die unbeschränkte Einfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Ländern außerhalb der Montanunion zugelassen. Innerhalb des Unionsraumes sind bekanntlich bereits am 1. Mai 1953 alle Zollschranken gefallen.

Bisherige Importe

Vergleicht man diese Kontingente mit den tatsächlichen Importen aus den sogenannten „dritten“ Ländern, so ist festzustellen, daß, gemessen an den Einfuhren der Bundesrepublik aus Schumanplanländern, die Importe von Walzwerkserzeugnissen aus Nichtunionsländern bisher stets einen verschwindend geringen Prozentsatz ausmachten. Im Jahre 1952 betrugen sie weniger als 5 Prozent.

In den Jahren 1936/37 sind im Monatsdurchschnitt 11 620 t Eisen- und Stahlerzeugnisse aus dritten Ländern eingeführt worden, in den Jahren 1951/52 und 1953 bis zum 1. Mai, d. h. bis zur Eröffnung des Gemeinsamen Marktes, monatlich 6254 t. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Importmengen bereits zu einem sehr niedrigen Gewichtszoll bzw. auf Grund des Zollstundungs-Erlasses sogar völlig zollfrei importiert wurden. Ab 1. Mai 1953 fielen die Einfuhren aus dritten Ländern weiter ab. Sie betrugen im Juli nur noch 1184 t.

Auch die nachstehenden Zahlen zeigen, daß die effektiven Einfuhren keineswegs ein Monatskontingent von 120 000 t rechtfertigen.

Monatliche Durchschnittseinfuhren aus Nicht-Schumanplanländern

	Beabsichtigtes Monats- zollkontingent	1936	1937	1950	1951	1952
Roheisen, Halbzeug	35 000	3469*)	9209*)	797	584	1886
Flachmaterial	50 000	1670	1448	427	394	1660
Ubriges Material	35 000	4671	2854	1341	2380	1072
	120 000	9810	13511	2565	3358	4618

*) vermehrte Einfuhren für Rüstungsstock.

Gefahren für den deutschen Markt

Bei allen Überlegungen im Zusammenhang mit dem Walzstahlimport darf nicht vergessen werden, daß die eisenschaffende Industrie als Grundstoffindustrie zu den konjunkturpolitisch bedeutendsten Wirtschaftszweigen gehört, bei der jede Änderung der Beschäftigungslage kumulative Wirkungen auch in anderen Industriezweigen nach sich zieht.

Aus diesem Grunde kann eine Gefährdung der deutschen eisenschaffenden Industrie durch eine evtl. mögliche Überschwemmung des deutschen Marktes mit fremdem Material keineswegs im Interesse der deutschen eisenverarbeitenden Industrie liegen.

Hinzu kommt, daß die durch Kriegsfolgen und Demontagen bedingten Investitionen der deutschen eisenschaffenden Industrie bis heute erst zum Teil durchgeführt werden konnten. Während andere Länder hinter einem ausreichenden Zollschutz, zum Teil mit Marshallplan-Geldern, ihre Anlagen — wie die Breitbandstraßen in Frankreich und Österreich — aufbauen und entwickeln konnten, läßt die Bundesrepublik durch die beabsichtigte Zollsenkung den letzten Schutz ihrer eisenschaffenden Industrie fortfallen, zumal da die Einfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen voll liberalisiert ist.

Ausfuhrförderung für die Eisenverarbeitung

Im Hinblick auf die derzeitige Zollhöhe hatte sich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie bereits bei den letzten Preisverhandlungen bereit erklärt, der Verarbeitung zur Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gewisse Konzessionen zu machen. Aus maßgebenden Kreisen der eisenschaffenden Industrie ist der Vorschlag gemacht worden, für alle Exporte der verarbeitenden Industrie Importe von Eisen- und Stahlmaterial zu entsprechend niedrigen Zöllen aus dritten Ländern zuzulassen, um dadurch die deutsche Verarbeitung in den Stand zu setzen, unter den gleichen Wettbewerbsverhältnissen wie die mit ihr konkurrierenden Länder zu liefern. Über eine Förderung des zollfreien Veredelungsverkehrs wäre nach Auffassung der eisenschaffenden Industrie praktisch die gleiche Wirkung erreicht worden.

Unseren Geburtstagskindern



den rund eintausend Mitarbeitern unserer Hütte, ihren Familienangehörigen, unseren Rentnern. Invaliden und ihren Frauen und Kindern, die in diesem Monat ihr Wiegenfest feiern können, überreichen wir als unseren Geburtstagsgruß den als Anlage beigefügten Blumenstrauß, den Helmut Hering für sie aufnahm. Wir wünschen allen Geburtstagskindern viel Freude und Glück, Gesundheit und Erfolg!

Vorstand und Betriebsvertretung
der Westfalenhütte AG
Die Redaktion

Ein Wort an alle Spezialisten

Es genügt nicht, den Menschen zu einem Spezialisten zu erziehen. Er wird auf diese Weise lediglich eine Art nützlicher Maschine, nicht aber eine harmonisch entwickelte Persönlichkeit. Das wesentlichste Ziel der Erziehung muß es sein, dem Studierenden das Verständnis und lebendige Gefühl für die wirklichen Werte des Lebens nahezubringen und ihn das Erkennen des Schönen und moralisch Guten zu lehren. Eine Erziehung, die diese Aufgabe versäumt, wird — in bezug auf die Vermittlung spezialisierten Wissens — Menschen heranbilden, die gut trainierten Hunden gleichen, nicht aber harmonisch entwickelten Persönlichkeiten. Der Studierende muß die Hintergründe des menschlichen Seins, die Illusionen des menschlichen Lebens verstehen lernen, um die richtige Beziehung zu dem Einzelmenschen und der Gemeinschaft seiner Umgebung zu bekommen.

Diese wichtigen Dinge werden der jungen Generation einzig und allein durch den persönlichen Kontakt zu denen, die sie lehren, zum Bewußtsein gebracht und nicht — oder zumindest nicht in erster Linie — durch Lehrbücher. Das ist es, was vor allem anderen unsere Kultur bildet und erhält. Und das ist es auch, woran ich denke, wenn ich vom Humanismus

spreche, denn dann meine ich nicht das trockene, spezialisierte Wissen auf dem Gebiete der Geschichte und der Philosophie.

Eine allzu starke Hervorhebung des Systems reiner Leistungsbewertung sowie der vorzeitigen Spezialisierung unter dem Gesichtspunkt einer möglichst raschen Nutzbarmachung des Gelernten tötet den Geist, auf dem alles kulturelle Leben beruht, einschließlich des spezialisierten Wissens.

Eine ebenfalls wichtige Aufgabe der Erziehung ist es, in dem jungen Menschen unabhängiges, kritisches Denken heranzubilden, eine Aufgabe, die oftmals durch eine Überbürdung mit allzuviel und allzu vielfältigen Fächern gefährdet ist. Diese Überbürdung führt notwendigerweise zur Oberflächlichkeit. Die Erziehung sollte so gestaltet werden, daß das, was gelehrt wird, als wertvolles Geschenk empfungen wird und nicht als harte Pflicht.

Was wir formen müssen, sind Persönlichkeiten.

Albert Einstein

Wirkungen auf die Montanunion

Auch innerhalb des gesamten Montanunionraumes kann dieses autonome Vorgehen der Bundesrepublik in der Zollfrage nicht ohne Wirkung bleiben. Wenn auch nicht von einer Verletzung des Vertragstextes gesprochen werden kann, so dürfte doch die beschlossene Regelung immerhin nicht dem Sinne des Unionvertrages — volle Versorgung der verarbeitenden Industrie im Unionraum durch eigene Produktion der zusammengeschlossenen eisenschaffenden Industrien — gerecht werden.

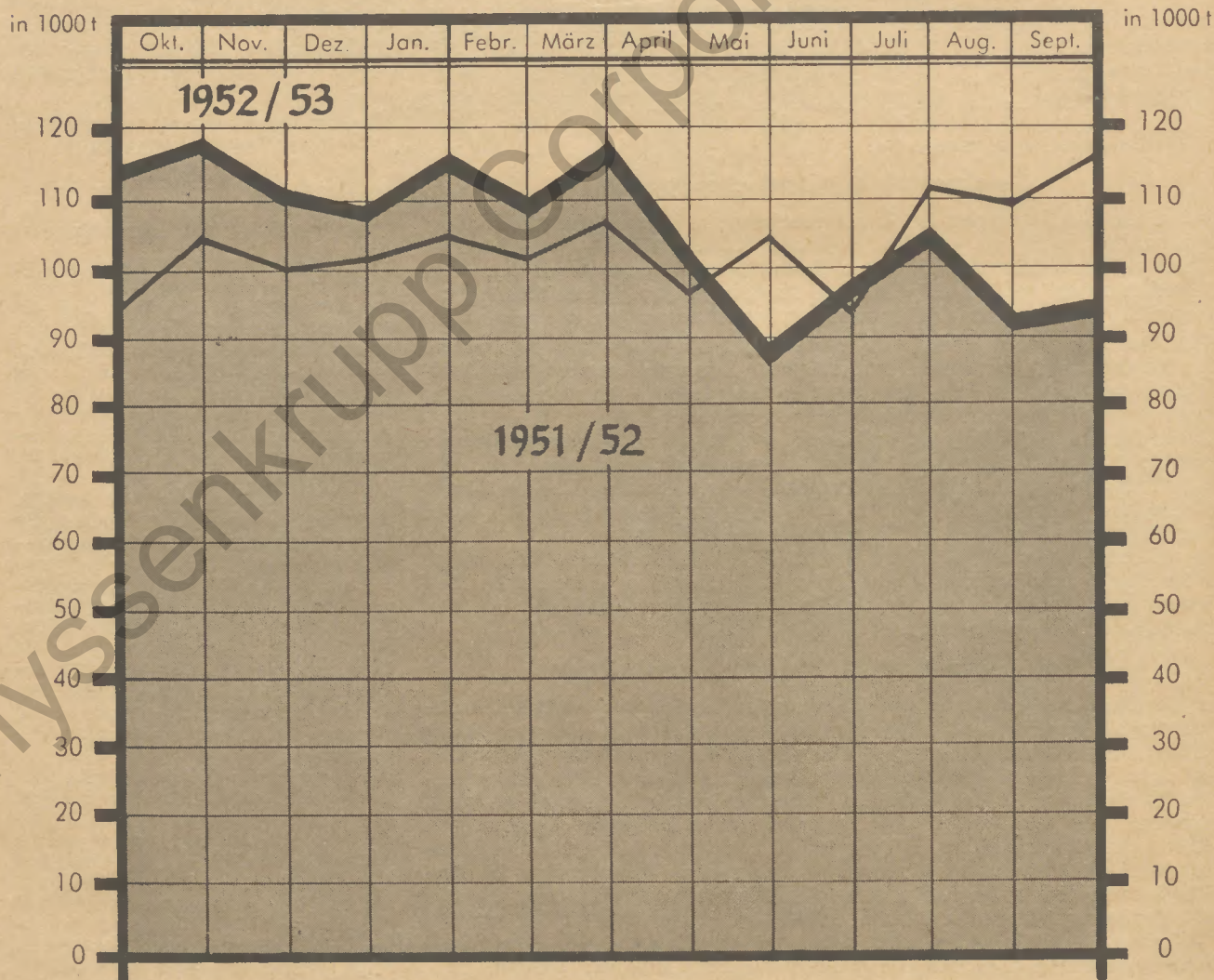
Die durch die Schaffung der Zollkontingente bewirkte vergrößerte Aufnahmebereitschaft des deutschen Marktes für Material aus dritten Ländern kann durch gleichzeitige Verdrängung von Erzeugnissen aus den Unionländern unter Umständen die Tendenz zur Annäherung innerhalb der Montanunionstaaten sehr stark hemmen.

Bereits aus nachstehend angegebener Entwicklung der Produktion von Walzwerkserzeugnissen in der Bundesrepublik und dem gesamten Unionraum dürfte eindeutig hervorgehen, daß es der Einführung von Zollkontingenten grundsätzlich nicht bedarf.

Monatsdurchschnittliche Produktion von Walzwerkserzeugnissen

	Bundesrepublik	Union
1950	693 000 t	1 877 000 t
1951	796 000 t	2 280 000 t
1952	911 000 t	2 472 000 t

Unsere Rohstahlerzeugung



Die ständige Zunahme der Produktion von Eisen und Stahl innerhalb des Unionraumes dürfte der deutschen eisenverarbeitenden Industrie die Sicherheit geben, daß sie mengenmäßig und preismäßig entsprechend ihren Anforderungen aus dem Unionraum versorgt werden kann und wird.

Erhebliche Gefahren

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß durch den sehr einschneidenden Schritt der Bundesregierung für die Grundstoffindustrie erhebliche Gefahren erwachsen können.

Hinzu kommt, daß durch diese einseitige Maßnahme der deutschen Regierung die Verhandlungschancen der Hohen Behörde in den kurzfristig anstehenden Zollverhandlungen mit dritten Ländern erheblich vermindert werden, da nicht erwartet werden kann, daß sich die Verhandlungspartner zu Konzessionen bereit erklären, denen keine Gegenwerte mehr gegenüberstehen. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß z. B. Großbritannien Eisen- und Stahlzollsätze aufweist, die bis zu 35 Prozent betragen, um voll erlassen zu können, welches Opfer für die Eisen- und Stahlindustrie und welches Risiko für die gesamte Wirtschaft die beschlossene Zollregelung bedeutet.

Bei einer Durchführung der beabsichtigten Zollmaßnahmen wäre es nicht mehr als recht und billig, wenn die eisenschaffende Industrie ihrerseits zollbegünstigte Importe von Maschinen und Anlagegütern für ihren eigenen Bedarf fordern würde.

Erste ausländische Kredite

Von dem urplötzlich beschlossenen „zollbegünstigten Einfuhrkontingent“ ganz abgesehen — immer noch sind die Investitionssorgen der Stahlindustrie groß. Immerhin dümmert der bekannte Silberstreifen am Horizont: Die deutschen Stahlwerke haben jetzt zum erstenmal nach dem Kriege erfolgreich mit dem Ausland Kreditverhandlungen abgeschlossen. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet dazu:

Durch einen Vertrag mit der Schweiz erhalten nun große Werke der eisenschaffenden Industrie 110 Millionen DM für Investitionszwecke. Die Mittel der Anleihe werden ebenso wie der gleichzeitig mit der Deutschen Bundesbahn vereinbarte Anleihebetrag von 140 Millionen DM aus den Schweizer Ansprüchen an die Bundesrepublik zur Verfügung gestellt, die im vergangenen Jahr in dem deutsch-schweizerischen Schuldenabkommen mit 650 Millionen DM festgesetzt worden waren. Daraus ergibt sich, daß die Beträge von zusammen 250 Millionen DM nicht unmittelbar von der Schweiz, sondern von dem Bundesfinanzminister bereitgestellt werden. Dies soll in den nächsten fünf Jahren geschehen... Die deutsche Stahlindustrie braucht zur Modernisierung der Anlagen und zur Rationalisierung der Betriebe außerordentlich hohe Mittel, die der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Hüttendirektor Barich, kürzlich in Düsseldorf mit rund 5 Milliarden DM für die nächsten vier Jahre beziffert hat. Wenn es möglich wäre, daß die Werke etwa die Hälfte oder sogar noch mehr aus eigenen Kräften aufbringen, bleibt noch eine Lücke, die auf dem innerdeutschen Kapitalmarkt keineswegs ausgefüllt werden kann. Ausländische Anleihen werden daher von den Eisenwerken gewiß noch lange sehr gefragt sein.

Die Investitionshilfe

Man kann sie einen „Akt der Solidarität“ nennen. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht des „Kuratoriums für die Investitionshilfe der Grundstoffindustrie“ sind bisher 859 Millionen DM rechtsverbindlich zugesagt. Davon entfallen 226 Millionen DM auf die Eisen- und Stahlindustrie, 186,5 Millionen DM auf die Kohlewirtschaft, 238,8 Millionen DM auf die Elektrizitätswirtschaft, 100 Millionen DM auf die Gaswirtschaft, 58,2 Millionen DM auf die Wasserwirtschaft, 50 Millionen DM auf die Bundesbahn. Das ist viel, und doch machen die Investitionshilfemittel nur 23 Prozent der für die allerdingsten Investitionen benötigten Mittel aus, während 50 Prozent allein auf Eigenmittel der Grundstoffindustrien bzw. der Begünstigten entfallen. Bei der Eisen- und Stahlindustrie werden bei einem Bedarf von 5 Milliarden DM (nach Barich) jetzt 823,6 Millionen DM Investitionsvorhaben durch 226 Millionen DM Investitionshilfe gestützt.

Investitionshilfe und Kredite nehmen uns unsere Investitionssorgen nicht ab. Das Hauptstück Weges müssen wir selbst zurücklegen. Immer wieder und erst recht in Auswirkung der eingangs erwähnten „Zollkontingente“: Wir schaffen es nur, wenn der Letzte mitschafft! Und jeder wird wahrhaftig hart anfassen müssen.

Ein guter Kollege!

Am Tage der Lohnzahlung August fand der Beizer Klemens Pahlhammer, Kaltwalzwerk, an der Kantine Stockheide eine Lohntüte mit 295,— DM Inhalt. Er stellte den Betrag unter Zeugen fest und lieferte die Lohntüte sofort und stillschweigend ab.

Wir freuen uns, diese gute und kollegiale Handlung des Kollegen Pahlhammer an dieser Stelle herausstellen zu können.

Sprechende Zahlen

Aus einer soeben veröffentlichten Statistik für das Jahr 1951 ergibt sich, daß in diesem Jahr ausgegeben wurden für einen Hörer der Volkshochschule 10 DM, Volksschüler 40 bis 60 DM, Mittelschüler 80 bis 120 DM, Polizeihund 360 DM, Oberschüler 540 DM, Studenten 2000 DM, Polizeibeamten 7045 DM, Besatzungssoldaten 9640 DM. Demnächst wird fraglos der größte Aufwand für den kommenden deutschen „Wehrsoldaten“ aufgebracht werden müssen. Die Zahlen sind sehr sprechend. Sie bedürfen nicht einmal einer Kommentierung.

Was muß jeder von der Invalidenversicherung wissen?

8. Auflage 1953, 52 Seiten, broschiert, 2,40 DM. Verlag A. Glenz, Essen-Bredeney.

Die neue Auflage bringt alle wichtigen Änderungen der letzten Zeit, insbesondere das Grundbetrags-erhöhungsgesetz vom 17. 4. 1953 und das SVAG-Änderungsgesetz vom 4. 8. 1953, ferner die Anschriften sämtlicher Landesversicherungsanstalten. An einem interessanten Beispiel wird gezeigt, daß die freiwillige Weiterversicherung für einen Angestellten unter Umständen in der IV vorteilhafter ist als in der AV. Also auch die Angestellten sind an der IV interessiert. Dank der übersichtlichen Gliederung sowie mit Hilfe von Tabellen usw. kann jedermann sich schnell orientieren und seine Rente sich selbst errechnen. Durch Angabe der Rechtsquellen auch für den Fachmann ein nützliches Hilfsmittel.

Neue Anschrift der Berufsgenossenschaft

Die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, Sekt. 4, Dortmund, ist Anfang Oktober zur Poststraße 8 verzogen, worauf wir alle unsere Mitarbeiter hinweisen.

6100 tödliche Betriebsunfälle

6100 tödliche Betriebsunfälle ereigneten sich im Vorjahr in der Bundesrepublik. Weitere 1100 Unfälle auf dem Wege vom und zum Arbeitsplatz seien ebenfalls tödlich verlaufen, teilt das Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Soest mit. Rund 2 Milliarden DM gingen der deutschen Volkswirtschaft jährlich durch Renten, Krankengelder und sonstige Unfallversicherungsgelder verloren. Nach Ermittlungen des Bundesinstitutes sind nur ein Drittel der Betriebsunfälle auf Mängel des Betriebes oder der Sicherheitseinrichtungen zurückzuführen.

Es gibt in Frankreich auch durchaus objektive Stimmen. So schreibt die Pariser Wochenzeitschrift „L'Economie“ über die deutsche wirtschaftliche bzw. produktuelle Entwicklung:

Auf manchen Gebieten hat die deutsche Wirtschaft noch nicht das Produktionsniveau des Jahres 1936 erreicht. Dies trifft vor allem zu für die Grundindustrien, und hier ist es der Kohlenbergbau, dessen Produktionskraft noch etwa 25 Prozent unter den Zahlen von 1936 zurückbleibt. Der Grund für diese Erscheinung ist der Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Die ausgebildeten Kohlenarbeiter werden immer weniger, und die jungen Leute suchen sich andere Berufe als ausgerechnet im Kohlenbergbau. Die Zahl der Industriearbeiter in Deutschland ist im Verhältnis zu früher stark angestiegen. Im Jahr 1939 betrug sie noch 40 Prozent und heute 44 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Was in Westdeutschland die Produktivität der Industrie so stark anhebt, das ist das gute Verhältnis des Arbeiters zu seinem Arbeitsplatz, die hervorragende Arbeitsdisziplin und die Anhänglichkeit an das Unternehmen. Im Zuge des Wiederaufbaues der deutschen Industrie hat es mehrere Hindernisse gegeben. So sind die Werke der Konsumgüter-Industrie verhältnismäßig rasch emporgewachsen, weil diese Industrien sich ihre Gewinnspannen selbst festlegen konnten und so ihre Eigenfinanzierung gesichert war. Die Grundindustrien dagegen mußten sich nach staatlichen Festpreisen richten und litten dauernd an Kapitalmangel. So entstand zwischen ihnen und der Konsumgüterindustrie ein Abstand, der den organischen Aufbau der deutschen Wirtschaft zu stören drohte. Es sind also der Arbeitermangel in bestimmten Industrien und der Kapitalmangel bei der Grundindustrie, die die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg zeitweilig hemmten.

Ruhrbergbau zahlt 100 Millionen DM in Montankassen

Der deutsche Kohlenbergbau wird durch die Montanumlage und die Subventionszahlungen für den belgischen Bergbau jährlich mit etwa 100 Millionen DM belastet. Diese Belastungen hat er neben den sonstigen hohen Aufwendungen bei gleichzeitigem Investitionsbedarf von mehreren Milliarden DM zu tragen.

Die deutsche Seeschifffahrt

Mitte 1953 waren bei deutschen Werften 259 Seeschiffe mit 1 035 000 BRT im Bau; davon werden 95 Einheiten mit 596 000 BRT für ausländische Rechnung gebaut. Im Juni sind von deutschen Werften 18 Seeschiffe mit 43 000 BRT abgeliefert worden. Im ersten Halbjahr 1953 sind insgesamt 112 Seeschiffe mit 275 000 BRT fertiggestellt worden, davon 90 mit 183 000 BRT für deutsche und 22 mit 92 000 BRT für ausländische Rechnung. Mitte dieses Jahres waren in den Werften der Bundesrepublik 80 000 Personen beschäftigt.

TECHNIK und PRODUKTION

Verschiebungen in der Stahlerzeugung der Welt

Einen Überblick über die Eisen- und Stahlerzeugung der Welt 1952 veröffentlicht die Zeitschrift „Stahl und Eisen“. Danach hat sich die Roheisenerzeugung mit rund 150 Millionen Tonnen und die Rohstahlproduktion mit 210 Millionen Tonnen gegenüber 1951 nicht verändert. Diese Stagnation sei auf den amerikanischen Stahlarbeiterstreik zurückzuführen, ohne den die Weltproduktion wahrscheinlich 160 bzw. 230 Millionen Tonnen erreicht hätte. Die Zeitung nennt im einzelnen folgende Zahlen:

Roheisen- und Rohstahlerzeugung (in Millionen Tonnen)

	Roheisen		Rohstahl	
	1951	1952	1951	1952
Nordamerika	67	59	99	88
Westeuropa	45	49	58	63
Ostblockstaaten	27	31	41	46
Übrige Welt	11	11	12	13
	150	150	210	210

Die Stahlbilanz zeigt, daß die westliche Welt einen Rückgang von 169 auf 164 Millionen Tonnen zu verzeichnen hatte, während der Ostblock die Stahlerzeugung um 5 auf 46 Millionen Tonnen erhöhen konnte. Die USA sind nach wie vor mit 84,5 (i. Vorj. 95,5) Millionen Tonnen der größte Produzent der Welt; an zweiter Stelle steht die Sowjetunion mit 35 Millionen Tonnen. Es folgen England mit 17, Deutschland mit 16, Frankreich mit 11 und Japan mit 7 Millionen Tonnen.

Europa erzeugte weniger Rohstahl

Die Jahresrate der europäischen Rohstahlgewinnung ohne Ostblockländer hat sich von 66,4 Mill. t im ersten Quartal 1953 auf rund 63,08 Mill. t im zweiten Quartal verringert. Dies geht aus dem jetzt vom Stahlausschuß der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) veröffentlichten Bericht für das zweite Vierteljahr 1953 hervor.

Da dieser Rückgang in erster Linie auf der Abnahme der Rohstahlerzeugung in der Bundesrepublik beruht — hier sank die Jahresrate von 17 Mill. t im ersten Quartal auf 14,8 Mill. t im zweiten Quartal —, ermäßigte sich auch die Jahresrate der Montanunionländer von 42,7 Mill. t auf 39,8 Mill. t im Berichtszeitraum. Hinzu kam, daß mit Ausnahme von Luxemburg, dessen Jahresrate sich von 2,77 auf 2,82 Mill. t erhöhte, die Rohstahlgewinnung auch in den übrigen Unionländern unter dem Niveau des ersten Quartals 1953 blieb. Im zweiten Vierteljahr 1952 hatte die Rohstahlgewinnung der Unionländer einer Jahresrate von 42,6 Mill. t entsprochen.

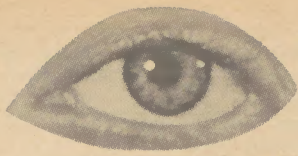
Abs verteidigt Eisenpreis

Bankdirektor Hermann J. Abs griff in die Eisenpreisdiskussion der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie ein. Wenn heute die Forderung nach Herabsetzung der Walzstahlpreise erhoben werde, dann sei dies der Beweis für eine völlige Unkenntnis der kostenmäßigen Zusammenhänge. Die eisenschaffende Industrie habe infolge des politisch gebundenen Preises an der großzügigen Eigenfinanzierung nicht teilnehmen können, die anderen Industriezweigen nach der Geldreform möglich gewesen sei. Wegen des Produktionsrückganges in den letzten Monaten von 20 bis 25 Prozent seien die Selbstkosten der Werke stark gestiegen, da die hohen fixen Kosten nicht gesenkt werden konnten.

Wenn die verarbeitende Industrie heute „alles Heil von einer Senkung der Eisenpreise“ erwarte, so sei dies grundsätzlich falsch. Die Eisenindustrie habe bereits mit der jüngsten Preissenkung, die bei vielen Erzeugnissen über 5 Prozent liege, viel getan. Schließlich müsse auch berücksichtigt werden, daß die Werke in Zeiten der internationalen Konjunktur auf einträgliche Exportgeschäfte verzichtet hatten.

Montanunion steigert Produktivität

Für die Länder der Montanunion hat jetzt die Hohe Behörde die Steinkohlenförderung in den ersten 31 Wochen des laufenden Jahres bekanntgegeben. Aus Vergleichszahlen für 1952 läßt sich danach auch die Produktivität (Produktionsergebnis je Arbeiter) ermitteln. Sie stieg in der Gemeinschaft gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,5 Prozent; in Italien um 11,4, in Frankreich um 3,5, Belgien 3,3, an der Saar um 3 Prozent. In Deutschland fiel sie um 2,5 Prozent.



BLICK IN DIE PRESSE

Der Wert der Aktienunternehmungen

Eine vergleichende Statistik, die sich über die letzten 1 1/2 Jahrzehnte erstreckt, hat bei vielen Unwägbarkeiten sicher nur einen begrenzten Wert. Andere Wirtschaftspolitik und Konjunktur beeinflussen den Kurs, Investitionen und Kriegsschäden, neue Arbeitsmethoden und Ostverluste haben das Bild seit 1938 verändert. Doch enthalten die Geschäftsberichte, und Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften von 1938 und jetzt häufig eine vergleichbare Grundsubstanz oder Grundlinie, die in einzelnen Fällen fast zu einer bemerkenswerten Übereinstimmung der Bewertung führt. Auch wird in den Geschäftsberichten oft ein Vergleich mit 1938 gezogen, vor allem, soweit es sich auf Umsatz und Rückgewinnung der Absatzmärkte bezieht. Bei den 59 herangezogenen größeren Unternehmen ergibt sich im Vergleich der Durchschnittskurve 1938 zu den Kursen von Mitte August 1953 insgesamt eine Bewertung von 6130 Millionen RM damals gegenüber 5,94 Milliarden DM heute. Setzt man RM gleich DM, so überrascht, wie wenig beide Zahlen voneinander abweichen: Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß die Reichsmark von 1938 sich zur D-Mark etwa wie 1 zu 1,75 verhält, eine Relation, die in groben Zügen auch eine ähnliche Substanzhöherbewertung der einzelnen Unternehmungen rechtfertigen würde. — Der Schluß liegt nahe, daß in den heutigen Kursen, bezogen auf die Substanz, zum Teil eine gewisse Unterbewertung zum Ausdruck kommt. Aber das gilt kaum allgemein, und Vorsicht erscheint am Platze. Von einer wirklichen Kursbildung wird erst zu sprechen sein, wenn eine vernünftige Steuerpolitik auf diesem Gebiete die Ertragsfähigkeit der Unternehmen klarlegen wird. Im übrigen hat man vor dem Kriege keine Dividendenscheu bewiesen, wie Ausschüttungen bis zu 15% zeigen. Es wäre zu wünschen, daß auch die Verwaltungen von sich aus die psychologischen Nachwirkungen des Dividendenstopps überwinden würden. (Wirtschaftszeitung)

Der Wahlausgang verschiebt die Akzente

Im Revier wird ein aus den bisherigen Aussprachen vermittelter Eindruck vermerkt, daß man in Bonn um eine sorgfältige Analyse der regionalen Wahlergebnisse bemüht sei. Die Verschiebung von der SPD zur CDU ist

nicht nur in den Bezirken der verarbeitenden Industrie, sondern auch an der Ruhr, den Schwerpunkten von Kohle und Eisen, eingetreten. Wenn erklärend allgemein auf die Erfolge der bisherigen Wirtschaftspolitik für die Arbeitnehmer hingewiesen wurde, so könnte hier daneben die Regelung der Mitbestimmung für Kohle und Eisen eine Rolle gespielt haben. — Dr. Adenauer hatte zu den Vereinbarungen mit Hans Böckler auch bei den später aus dem Bundestag sich geltend machenden Widerständen gestanden. Der Wahlausgang könnte aber darüber hinaus die Gewichte in der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne, also Finanz- und Sozialpolitik eingeschlossen, verschieben. Wenn einer Wiederholung der politischen Übergriffe vorgebeugt wird, wird die Führung der Gewerkschaften auf ihrem angestammten Gebiet, der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer, allenfalls als ehrlicher Makler bestehen können. Zwar nicht die Wiederwahl, wohl aber die von den wenigsten erwartete Größe des Erfolges verdankt Dr. Adenauer den Stimmen von Arbeitern und Angestellten. Ungeachtet der Fortsetzung des bisherigen marktwirtschaftlichen Kurses könnte es daher vielleicht nicht einmal überraschen, wenn bei den zu treffenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen, etwa auch der Steuerreform, manche Akzente anders gesetzt würden, als andere Wählergruppen unterstellt hatten. Es würde eine „List der Geschichte“ sein, wenn auf diese Weise der gegen die gewerkschaftliche Empfehlung gewählte „bessere“ Bundestag den Gewerkschaften die Überwindung ihrer inneren Krise erleichtert — vorausgesetzt, daß nicht die gegenwärtigen Führungen der Gewerkschaften selbst eine solche Chance in Verblendung ausschlagen. (Wirtschaftszeitung)

Die vordringlichen Aufgaben

Zu den vordringlichen Aufgaben, deren Bewältigung wir vom neuen Bundestag erwarten, gehört unfraglich die organische Steuerreform und zugleich die Behebung der verhängnisvollen Kapitalmarktmisere. Darf man gedämpftem Optimismus Raum geben, zugunsten einer Steuerreform werde sich schon, da das Grundgesetz zu Taten zwingt, eine Mehrheit finden, die an einem Strang zieht, so läßt sich das beileibe nicht von einem anderen Problemkreis, der Agrarpolitik, behaupten, die stärker als bisher in den Brennpunkt des Interesses rücken wird, auch aus sozialpolitischen Gesichtspunkten, da die Kosten der Lebenshaltung wesentlich durch die Nahrungsmittelpreise bestimmt werden. Das schwerste Eisen, das die Grüne Front seit geraumer Zeit im Feuer hält und bei nächster Gelegenheit Regierung und Bundestag präsentieren wird, ist die Forderung auf landwirtschaftliche Paritätspreise. Auf den Weltmärkten sinken zwar die Agrarpreise, so daß mit gutem Recht der deutsche Verbraucher Anspruch darauf erheben könnte, daß ihm die

Vorteile aus dieser Entwicklung nicht vorenthalten werden, aber wie es scheint, haben sich die Bauernverbände allem Wandel außerhalb Deutschlands zum Trotz — von Preissenkungen gar nicht zu reden — noch in keiner Weise in ihrer Haltung beirren lassen, auf Grund der Paritätsrechnung Mehreinnahmen von etwa 1,5 Mrd. DM zu fordern. Daß die völlige Preisgabe des Agrarprotektionismus keinen ernst zu nehmenden Fürsprecher mehr in Deutschland hat, braucht nicht betont zu werden. Nur darum geht es, das Mittelmaß zu finden und auch einzuhalten zwischen den berechtigten Interessen der Bauern und den nicht minder berechtigten Interessen der Verbraucher. (Kurt Richebächer in „Der Volkswirt“)

Aktuellwerden des „Ahlemer Programmes“

Die CDU wird sich heute nicht mehr in erster Linie als „bürgerliche“ Partei, sondern als Treuhänderin aller Schichten des Volkes, auch der Arbeiterschaft, zu betrachten haben, wie es ihrer ursprünglichen Tradition entspricht. Die große Zahl der „roten“ Großstadtwahlkreise, die sie gewonnen hat, macht deutlich, in welchem Ausmaß gerade Arbeiter und Arbeiterfrauen Adenauer und Erhard gewählt haben. Das politische Gewicht des sogenannten „linken Flügels“ der Partei ist damit erheblich größer geworden, wenn auch die Zahl seiner Vertreter im Bundestag relativ etwa die gleiche geblieben sein dürfte. Jakob Kaiser, der Vorsitzende der Sozialausschüsse der Partei, hat in seinem Essener Wahlkreis seine Mehrheit von 1949 annähernd verzehnfacht. Der Bundeskanzler ist offenbar bereit, die Folgerungen aus dieser Entwicklung zu ziehen. Man wird daher damit zu rechnen haben, daß das soziale „Ahlemer Programm“ der CDU, das in den letzten Jahren völlig in Vergessenheit geraten schien, wieder Aktualität gewinnt . . . (Wirtschaftszeitung)

Gegen erstarrte Sozialfronten

Die Erstarrung der Fronten in den Sozialkämpfen, die sich durch die Zusammenschlüsse in Großverbände (Arbeitgeberverband, Deutscher Gewerkschaftsbund) ergeben hat, bedarf einer Auflockerung, wenn die sozialen Gegensätze sich nicht vertiefen und unüberbrückbare Spannungen vermeiden werden sollen. Wir sind zu der Ansicht gelangt, daß auf überbetrieblicher Ebene die Großverbände durch freie Gruppen ergänzt und aufgelockert werden sollten. Begegnungstätten, wie sie zum Beispiel die evangelischen Akademien darstellen, sind eine ideale Begegnungsstätte der Sozialpartner. (Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung)



Unser Briefkasten

F. Th., Verwaltung:

Es ist richtig: Viele sollten die kleine Schrift von Dr. Volkmar Muthesius „Augen auf beim Kauf!“ lesen und beherzigen. Sehr bezeichnend ist das Beispiel:

Ein Facharbeiter im 22. Lebensjahr heiratet und braucht nun Hausrat und Bekleidung. Da er nichts zurückgelegt hat, nimmt er einen Kredit von 2000 D-Mark auf. Er zahlt diesen Kredit in den vorgesehenen Raten zurück und nimmt, weil die Wünsche wachsen und die Kreditgewährung ja so schmackhaft gemacht wird, bei der letzten Rate wieder einen Kredit in der gleichen Höhe auf. So lebt er weiter, bis er nach Vollendung seines 65. Lebensjahres seine Altersrente erhält. Obwohl sich seine Kreditschuld infolge der regelmäßigen Ratenzahlungen jeweils monatlich verringert, muß er doch monatlich immer 1 Prozent des Kreditbetrages von 2000 DM, also 20 DM pro Monat, als Kreditkosten bezahlen. Wenn er sich die Summe dieser Zahlungen einmal bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres ausrechnet, wird er feststellen, daß das insgesamt 10 560 DM ausmacht!

Wäre er bei den ersten Anschaffungen der Verlockung, daß das Kaufen auf Kredit ja so leicht sei, nicht erlegen, dann hätte er 10 560 DM nicht „zum Fenster hinausgeworfen“! Als Barkäufer hätte er sogar für diesen Betrag mehr anschaffen können als beim Kauf auf Raten, oder er hätte diesen Betrag auf die hohe Kante legen können. Im letzteren Falle hätten ihm die monatlichen 70 DM mit $3\frac{1}{2}$ Prozent Verzinsung bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres die erkleckliche Summe von — sage und schreibe — 24 722,40 DM eingebracht. Davon hätte er sich frühzeitig, was wahrscheinlich sein Traum aller Träume war, ein nettes Eigenheim schaffen und an seinem Lebensabend als völlig schuldenfreies Eigentum besitzen können.

Immerhin ist es ja bei den Ratenkäufen, die durch unsere Sozialabteilung ermöglicht werden, grundsätzlich so, daß Zinsen, Aufschläge usw. nicht berechnet werden. Das ist eine Grundbedingung für die Kaufabkommen, die unsere Sozialabteilung abschließt.

Frau R. S., Asseln:

Mein geschiedener Mann hat wieder geheiratet. Er ist unterhaltspflichtig und hat seine Unterhaltspflicht mir gegenüber erfüllt. Steht mir nach seinem Tode eine Witwenrente zu?

Grundsätzlich besteht kein Rechtsanspruch für eine geschiedene Frau; es wird ihr dann Witwenrente gewährt, wenn „ihr der verstorbene Versicherte nach den Vorschriften des Ehegesetzes zur Zeit des Todes Unter-

halt zu leisten hatte.“ Das trifft auf Ihren Fall zu. Die Witwenrente einer geschiedenen Ehefrau darf weder die Witwenrente der Ehefrau, die mit dem Versicherten zur Zeit seines Todes verheiratet war, noch den gegen den Versicherten zur Zeit seines Todes bestehenden Unterhaltsanspruch übersteigen.

O. E., Walzwerk:

Wie wird hinsichtlich der Rentenberechnung diejenige Zeit berechnet, in der man Soldat war?

Nach der gegenwärtigen Rechtslage werden für die Teilnehmer des zweiten Weltkrieges in der Renten- und Knappschaftsversicherung Steigerungsbeträge nach der Klasse gewährt, zu der der letzte Beitrag vor der Einberufung zur Wehrmacht entrichtet worden ist, jedoch mindestens Steigerungsbeträge nach der zweiten Klasse.

Für die Teilnehmer des ersten Weltkrieges ist keine einheitliche Regelung erfolgt. Für die Angestelltenversicherung findet die Anrechnung der vollen Kalendermonate in der Gehaltsklasse statt, in der der letzte Pflichtbeitrag vor dem 1. August 1914 entrichtet worden ist.

Für die Rentenversicherung der Arbeiter werden einheitlich die Steigerungsbeträge nach den Sätzen der Klasse II gewährt.

Jürgens Urlaubsfreude

„Ja, züngelt nur, ihr Flammen! Werft eure lodernden Schwingen nach mir. Noch einige Stunden, dann bin ich aus eurem verzehrenden Bereich für einige Wochen.“ Jürgens Stief steht vor dem Stoßofen und wischt mit dem Jackenärmel über seine schweißnasse Stirn. Um seinen Mund liegt ein tiefgründiges Lächeln. Ja, und seine Gedanken sind dort, wo sie jetzt eigentlich nicht hätten kreisen dürfen. Schwelgen sie nicht durch taufrische Wiesen, durch herbstlich bunt gefärbte Wälder? — „Ja, schnaubt nur, ihr höllischen Feuergesichter, Morgen seht ihr mich

nicht hier. Urlaub, Ferien! Ja, ja, das wird ein Leben!“ Jürgens wird jäh aus seinen Gedanken gerissen. Der Blockfaher fährt vor, und aus des Ofens Feuerrachen faßt die Zange den funkensprühenden Block.

Der nächste Tag sieht Jürgens, den Ofenmann, samt Frau und Kindern in den heimatischen Wäldern. Früh hat er sich mit den Seinen aufgemacht. Der späte September beginnt die Wälder rostbraun zu färben. Durch das bunte Blätterdach fallen die ersten Sonnenstrahlen und zeichnen lichte Flecken auf Moos und Farren. Jürgens ist glücklich. Auch so. Eine Ferienreise sitzt nicht dran. Ihrer fünf — nein, dazu langt es beim besten Willen nicht. Lächelnd streicht er seinem Jüngsten über den flachblonden Schopf. „Nicht wahr, Hans, die Sonne scheint überall, und der Wald hat auch hier viele Bäume.“ Und bejahend flüzt Hans davon, seinen weit voranschreitenden Geschwistern nach. Jürgens wendet sich seiner Frau zu. „Du bist ja so schweigsam, Liesbeth? Denkst wohl schon wieder an deinen Haushalt?“ „Was du nicht sagst, Mann.“ Die Frau lächelt versteckt. „Nein, diesmal waren meine Gedanken einmal nicht im alltäglichen Trost. Ich war wirklich ein wenig eingesponnen vom Zauber des Augenblicks. Der frühe, sonnige Morgen in der Stille dieses Waldriedens hat etwas Beglückendes für mich. Fühlst du das nicht auch, Jürgens? Ich möchte doch gerne wissen, ob alle Menschen so wunschlos beglückt sein können. Wahrlich, es ist nicht viel, Sonnenschein und Wald und ein kurzes Losgelöstsein vom Alltag. Und doch — eine Bereicherung der Seele, ein Aufatmen nach manch mühevollen Kampf mit aller Unbill des Alltags.“ Jürgens faßt die Hand seiner Frau, die er wie zustimmend drückt. „Daß du dich so unsagbar freuen kannst, Liesbeth, auch über Weniges, das macht mich so glücklich und froh.“ Und Jürgens, der Ofenmann, läßt die Hand seines Weibes nicht mehr los. Stillvergnügt schreitet er mit ihr weiter durch den herbstlichen Wald. Karl Boenke, Werk Barop

A. R.:

Jawohl, lieber Freund: das ist ein Foto aus dem Urlaub, wie wir es gerne sehen. Um allen Kollegen eine Freude zu machen, veröffentlichen wir Ihr Bildchen aus Tirol. Hier ist es:



Praktische Winke für die Frau

Ein Bänkchen im Küchenschrank äußerst praktisch

Dort, wo im Küchenschrank das Kaffeegeschirr aufbewahrt wird, ist es oft sehr praktisch, ein einfaches, aus drei Brettchen bestehendes Bänkchen in ein Schrankfach zu stellen. Über dem Bänkchen werden die Kaffeetassen abgestellt, unter dem Bänkchen die Untertassen und Frühstücksteller. So ist dieses Geschirr übersichtlich und griffbereit aufbewahrt. Sonst werden meist zwei, drei oder vier Kaffeetassen übereinander über die Teller gestellt. Dies erschwert nicht nur das Heraus- und Hereinnehmen des Geschirres, sondern erhöht auch die Bruchgefahr beträchtlich. Neben dem Bänkchen wird noch ein Platz in der

ganzen Höhe des Schrankfaches übriggelassen, um hier die Kaffeekannen aufzubewahren.

Neuheiten an der Abwäsche

Schlauchbrause und Geschirrkorb haben sich gut bewährt. Wird das gewaschene Geschirr in einen Geschirrkorb gelegt, dann können die einzelnen Gegenstände nicht miteinander in Berührung kommen. Die Folge davon ist ein schnelleres Abtrocknen. Vor allem aber wird das Geschirr geschont und vor einem Zerschlagen durch gegenseitiges Anschlagen bewahrt. Wenn noch eine Schlauchbrause vorhanden ist, dann kann das gewaschene Geschirr leichter und gründlicher nachgespült werden. Wird das im Geschirrkorb liegende Geschirr zuletzt mit



Hilfe der Schlauchbrause mit heißem Wasser nachgespült, dann trocknet dieses Geschirr schrankfertig ab. Es bleiben keine Flecken an den Glasuren zurück. Ein Abreiben mit Küchenhandtüchern ist nicht mehr erforderlich. Dies ist aber nur möglich, wenn das Wasser zum Nachspülen wirklich heiß ist. Wird dagegen mit kaltem Wasser nachgespült, dann bleiben Flecken zurück.

Von besonderer Bedeutung ist noch der Siebeinsatz in dem zweiten Waschbecken. Mit Hilfe dieses Siebeinsatzes ist es möglich, im Waschbecken Gemüse und Salate tadellos sauber abzuspielen. Dadurch ist viel Arbeit erspart. Sonst müßte man zum Waschen von Gemüse und Salat eine besondere Schüssel herausnehmen und darin das Wasser drei- bis viermal erneuern. Zuletzt ist die Schüssel abzutrocknen und wieder in den Schrank zurückzubringen. Diese ganzen Arbeiten sind durch den Siebeinsatz erspart. Zweckmäßig sind daran zwei Anfassers angebracht, wodurch der Einsatz zusammen mit dem darauf befindlichen Gemüse oder Salat leicht herausgenommen werden kann.



Der Schlauchhalter, eine praktische Einrichtung beim Waschen

Bis ein größerer Waschbottich aus der Wasserleitung mit Wasser gefüllt ist, vergeht immer eine geraume Zeit. Die Hausfrau muß in diesem Falle meist den Schlauch so lange in der Hand halten, bis der Bottich vollgelaufen ist. Gibt man ohne weiteres ein Schlauchstück in den Bottich hinein, dann besteht bei stärkerem Druck des Wasserstrahls die Gefahr, daß der Schlauch aus dem Bottich herausgleitet und das Wasser sich auf den Boden der Waschküche ergießt. Bei geringerem Wasserdruck, das heißt dann, wenn der Wasserhahn nur zum Teil geöffnet ist, dauert es zu lange, bis

sich der Wasserbehälter mit Wasser gefüllt hat. Hier leistet nun der Schlauchhalter sehr wertvolle Dienste. Der Schlauchhalter ist weiter nichts als ein starkes Stück Holz, das zum Durchstecken des Schlauches entsprechend ausgebohrt wurde und zum Aufstecken auf den Bottichrand einen hinreichenden Ausschnitt hat. Ist nun der Schlauchhalter auf den Bottichrand aufgesteckt und der Schlauch durch die Ausbohrung hindurchgesteckt, dann kann der Bottich bei voller Öffnung des Wasserhahns mit Wasser gefüllt werden, ohne daß jemand dabeistehen muß.





JUGEND HINTER GITTERN

Die größte Anzahl aller strafbaren Handlungen wird von 21- bis 25-jährigen Tätern verübt; fast die Hälfte dieser jungen Straffälligen haben ihre ersten Straftaten bereits als Minderjährige begangen. Das ist eine erschütternde Feststellung.

Das gesamte Strafrecht ist in seiner heutigen Struktur und Praxis eine Vergeltungsmaßnahme. Einmal sehr einfach ausgedrückt: wer sich strafbar gemacht hat, kommt zur Strafe hinter Gitter. Das mag für „alte Sünder“ der Regelfall sein und bleiben müssen — für den Jugendlichen aber müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, von deren Einleitung und Durchführung es abhängt, ob er auf seinem weiteren Lebensweg die Rechtsordnung achten oder bald endgültig zu der Schicht jener gehören wird, die ein Dasein außerhalb der Gemeinschaft oder gegen sie führen.

Dem neuen Jugendgerichtsgesetz, das am 1. Oktober 1953 in Kraft getreten ist, kommt daher eine außerordentliche Bedeutung zu. Der Vergeltungsgedanke, der an sich das Fundament des Strafrechts bildet, ist stark in den Hintergrund gedrängt. Die grundsätzliche Folge des Rechtsbruches durch einen Jugendlichen sind deshalb nicht Strafen, sondern die sogenannten Erziehungsmaßnahmen. Als solche werden im Gesetz die Erteilung von Weisungen (z. B. Annahme einer Lehr- oder Arbeitsstelle, Verbot des Verkehrs mit bestimmten Personen oder des Besuches von Gaststätten), Schutzauufsicht und Fürsorgeerziehung genannt. Erst wenn die Erziehungsmaßnahmen nach Ansicht des Richters nicht ausreichen, können Zuchtmittel (Verwarnung, Auferlegung besonderer Pflichten, wie z. B. Wiedergutmachung des angerichteten Schadens, Jugendarrest) ausgesprochen oder eine Strafe verhängt werden.

Bei schweren Rechtsbrüchen wird man jedoch auf eine strenge Strafe sicherlich nicht verzichten können. Es wird jedoch vor allem Aufgabe des Strafvollzugs sein, daß die Verbüßung erzieherisch wirkt.

Darüber hinaus führt das neue Jugendgerichtsgesetz die Aussetzung des Strafvollzugs zur Bewährung ein. Der Jugendliche wird, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen, vorzeitig aus der Haftanstalt entlassen und wird während einer festbestimmten Frist von einem Bewährungshelfer überwacht, der hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig ist.

Der Bewährungshelfer soll dem Jugendlichen bei seinen Sorgen und Nöten helfend und beratend zur Seite stehen.

Auch in dem Verfahren vor Jugendgerichten sind wichtige Neuerungen eingeführt worden. Bisher konnte der Jugendrichter als Einzelrichter eine Strafe bis zu vier Jahren Gefängnis aussprechen. In Zukunft wird seine Zuständigkeit auf ein Strafmaß bis zu einem Jahr Gefängnis beschränkt. Die schwereren Fälle kommen nunmehr vor das neugebildete Schöffengericht. Die Hinzuziehung von Laien in der Gerichtsbarkeit erscheint gerade im Jugendstrafrecht von besonderer Bedeutung. Denn es gilt ja nicht nur eine begangene Tat zu ahnden, sondern vor allem Maßnahmen zu finden, die geeignet sind, weitere Rechtsbrüche zu verhindern. Die Schöffen, die vom Jugendwohlfahrtsausschuß vorgeschlagen werden

und mit dem Erziehungswesen vertraut sind, bilden die Gewähr, daß das Erziehungs- und Besserungsprinzip in der Jugendrechtspflege tatsächlich verwirklicht wird.

Nach dem bisherigen Recht konnten unter gewissen Umständen auch die 12- bis 14-jährigen bestraft werden. Das neue Gesetz legt die untere Grenze der Strafmündigkeit endgültig auf die Vollendung des 14. Lebensjahres. Die obere Grenze, bisher 18 Jahre, ist verschoben worden. Die 18- bis 21-jährigen, die bisher dem Erwachsenenstrafrecht unterlagen, können bei Begehung von Verfehlungen nach dem Jugendgerichtsgesetz behandelt werden, wenn die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters ergibt, daß er nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung einem Jugendlichen gleichzusetzen ist.

Die Ausdehnung des Jugendstrafrechts, das ja in der Hauptsache vom Erziehungsprinzip beherrscht wird, auf eine höhere Altersklasse verdient besondere Beachtung. Sie dürfte der Ausgangspunkt einer bereits in anderen Ländern mit Erfolg beschrittenen Entwicklung sein, den allzu stark ausgeprägten Vergeltungsgedanken im Erwachsenenstrafrecht zugunsten des Erziehungs- und Besserungsgrundsatzes zurückzudrängen.

Der neue Jugendausschuß

Die Wahl zum neuen Jugendausschuß hatte folgendes Ergebnis: Wahlberechtigt waren 456 Jugendliche; abgegeben wurden 379 Stimmen, davon gültige 377, ungültige 2. Es erhielten:

Arbeiter:

Budzinski, Karl-Heinz	285 Stimmen
Schütte, Helmut	233 "
Schmidt, Albrecht	145 "
Westheider, Hans	132 "
Veraart, Willi	93 "
Muzskiewicz, Herbert	84 "
Kaiser, Dieter	69 "
Bierbaum, Hubert	49 "

Angestellte:

Plenge, Ruth	60 Stimmen
Lippert, Ingeborg	52 "

Der Jugendausschuß besteht mithin aus den vier Arbeitermitgliedern Budzinski, Schütte, Schmidt, Westheider und dem

auf Grund des Minderheitenschutzes gewählten Angestelltenmitglied Plenge. In der ersten Sitzung des Jugendausschusses wurde folgender Vorstand gewählt:

1. Vorsitzender: Budzinski
2. Vorsitzender: Schütte
- Schriftführer: Westheider

Die Betriebe wurden hinsichtlich der Erfassung und Betreuung der Jugendlichen wie folgt aufgeteilt:

Helmut Schütte für Werkstatt Stockheide, Breitbandwalzwerk, Kaltwalzwerk und Drahtverfeinerung; Albrecht Schmidt und Hans Westheider für die Lehrwerkstatt mit Außenbetrieben; Ruth Plenge für Hauptverwaltung, Gästehaus, Versuchsanstalt, Liegenschaften und Sozialabteilung.

Alle anderen Werksabteilungen werden durch den Kollegen Budzinski vertreten.



Tätigkeitsbericht der Arbeitsschutzstelle im September 1953

Im Monat September ereigneten sich auf dem Hüttenwerk ein tödlicher, zwei schwere und 122 leichte Unfälle, auf dem Wege von der bzw. zur Arbeit ein schwerer und 19 leichte Unfälle, im Werk Barop 16 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt.

	Belegschafts- zahl	leicht	schwer	tödlich	Summe
Hochofen	764	16 (15)	— (—)	— (—)	16 (15)
Zementfabrik	92	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Thomaswerk	312	4 (4)	— (—)	— (—)	4 (4)
Martinwerk	535	8 (3)	1 (1)	1 (—)	10 (4)
Steinfabrik	121	— (3)	— (—)	— (—)	— (3)
Phosphatmühle	81	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Kaliberwalzwerke	1003	14 (19)	— (—)	— (—)	14 (19)
Blechwalzwerk I/II	354	13 (11)	— (—)	— (—)	13 (11)
Breitbandwalzwerk	192	3 (1)	— (—)	— (—)	3 (2)
Spez. Blechwalzwerk	157	6 (4)	— (—)	— (—)	6 (4)
Preß- und Hammerwerk	112	1 (2)	— (—)	— (—)	1 (2)
Grubenausbau	38	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Kaltwalzwerk	441	7 (10)	— (—)	— (—)	7 (10)
Drahtverfeinerung	286	12 (8)	— (—)	— (—)	12 (8)
Maschinenabteilung	1467	7 (2)	— (—)	— (—)	7 (2)
Elektr. Abteilung	501	1 (3)	— (—)	— (—)	1 (3)
Mech. Werkstätten	554	8 (2)	— (—)	— (—)	8 (2)
Eisenbahnbetriebe	949	11 (15)	1 (—)	— (—)	12 (15)
Baubetriebe	456	1 (7)	— (—)	— (—)	1 (7)
Fahrbetrieb	73	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	168	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Sonstige Betriebe	383	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Lehrwerkstatt	374	4 (5)	— (—)	— (—)	4 (5)
Sozialbetriebe	292	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1835	— (2)	— (—)	— (—)	— (2)
Summe	11538	122(124)	2 (2)	1 (—)	125(126)
Wegeunfälle		19 (8)	1 (—)	— (—)	20 (8)
Werk Barop					
Betriebsunfälle	520	16 (23)	— (—)	— (—)	16 (23)
Wegeunfälle		— (—)	— (—)	— (—)	— (—)

Am 18. September 1953 verunglückte der Kalklader Johann Groppe, 49 Jahre alt, beschäftigt im Martinwerk II, so schwer, daß er im Unfallkrankenhaus verstarb. Beim Umsetzen von Mulden geriet Groppe zwischen Mulde und Bühnengeländer, wobei er sich schwere Quetschungen an Brust und Bauch zuzog.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 21. September in der Waggonwerkstatt. Beim Stapeln von Radscheiben stürzte ein Stapel um und quetschte dem Transportarbeiter Karl Hagelücken den rechten Unterschenkel ab.

Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich auf dem Schrottplatz Stockheide. Beim Ausrichten der Mulden auf dem Waggon mit dem Magnetkran stürzte der Schrottlader Otto Lotarski mit einer Mulde vom Waggon und kam dabei mit dem rechten Fuß unter diese. Hierbei wurde ihm der rechte Fuß abgequetscht.

Im Berichtsmonat wurden von uns die Unfallschutzeinrichtungen der Sinteranlage, Waggonwerkstatt, Kesselschmiede, Eisenbahnwerkstätten, Waagenwerkstatt, Mech. Werkstätten, Gichtgasreinigung I, des Preß- und Hammerwerkes, Walzwerkes 8, Martinwerkes I und verschiedener Baustellen der Unternehmerfirmen überprüft.

Wir müssen lernen, miteinander zu reden. Das heißt, wir wollen nicht nur unsere Meinung wiederholen, sondern hören, was der andere denkt. Wir wollen nicht nur behaupten, sondern im Zusammenhang denken, auf Gründe hören, bereit bleiben, zu neuer Einsicht kommen. Wir wollen den andern gelten lassen, uns innerlich versuchsweise auf den Standpunkt des anderen stellen. Ja, wir wollen das uns Widersprechende geradezu aufsuchen. Der Gegner ist zum Erreichen der Wahrheit wichtiger als der Einstimmende. Das Ergreifen des Gemeinsamen im Widersprechenden ist wichtiger als die voreilige Fixierung von sich ausschließenden Standpunkten, mit denen man die Unterhaltung als aussichtslos beendet.

Karl Jaspers

In Ausübung seines Berufes
verunglückte tödlich unser
Belegschaftsmitglied

Johann Groppe

Martinwerk

Vorstand, Betriebsvertretung
und Belegschaft betrauern
seinen Tod und werden ihm
ein ehrendes Gedenken be-
wahren.

Arbeitsgerichtsgesetz verabschiedet

Das Bundesarbeitsgerichtsgesetz wurde vom Bundestag in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz bestimmt Zusammensetzung und Aufgabenbereich der Arbeitsgerichte. Als Rechtsvertreter in der ersten Instanz können Rechtsanwälte nicht auftreten. Zugelassen ist jedoch die Vertretung durch Gewerkschaften oder andere selbständige Vereinigungen der Arbeitnehmer. Die Arbeitsrichter werden, soweit es sich um Berufsjuristen handelt, aus den Arbeitgebervereinigungen oder aus den Gewerkschaften berufen. Hier wurde ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Winkelheide (CDU) abgelehnt, der darauf abzielte, auch die konfessionellen Arbeitnehmervereinigungen mit aufzunehmen.

Steuersenkung bei doppeltem Haushalt

Wer als Arbeitnehmer gezwungen ist, an seinem Arbeitsort ein möbliertes Zimmer zu mieten, weil er nicht die Möglichkeit hat, täglich an seinen Wohnort zurückzukehren, kann die Kosten, die ihm dadurch entstehen, als Werbungskosten geltend machen. Dafür kommen in Betracht: 4,— DM täglich für Verpflegung, die Zimmermiete und die Fahrtkosten für eine Heimfahrt im Monat. Ist der Arbeitnehmer z. B. an 28 Tagen des Monats nicht zu Hause, beträgt die Miete 40,— DM und die Kosten für die Heimfahrt 18,— DM, dann kann er 4 mal 28 = 112,— + 40,— + 18,— = 170,— DM steuerlich absetzen. Das bedeutet: Beträgt der monatl. Lohn 400,— DM, dann wird nicht dieser Betrag, sondern nur 230,— DM versteuert. Das macht in der Steuerklasse III 1 (verheiratet mit einem Kind) eine Ersparnis von 17,35 DM je Monat aus. Wer diese Ersparnisse in Anspruch nehmen will, muß dazu beim Finanzamt einen Antrag stellen.



ROLLENDER AUSKLANG

Ende September führte die Roll- und Eissportabteilung des Freien Sportvereins von 1898 auf der Rollschuhbahn in unseren Sport- und Erholungsanlagen die letzte diesjährige Sportveranstaltung durch. Sie war verbunden mit einer Siegerehrung, in der alle Läuferinnen und Läufer mit anerkennenden

Geschenken bedacht wurden.

Der Motor der Rollsportabteilung ist Margit Lauer, die mit Willi Göntges im Oktober 1952 bei den Ausscheidungskämpfen in der Westfalenhalle den 3. Sieg in der Weltmeisterschaft errang; 1952 und 1953 wurde das Paar 2. Deutscher Sieger. Die Rollhockeymannschaft des Vereins ist kürzlich in die Oberliga aufgestiegen, nachdem sie sich die Westfalenmeisterschaft erkämpft hatte. Wir wünschen dem Verein, dem viele unserer Mitarbeiter und vor allem viele Kinder von Belegschaftsmitgliedern angehören, weiterhin viel Erfolg!



Achtet auf die Füße eurer Kinder!

Das größte Gefahrenalter für die Füße ist das Kindesalter und das Jünglings- bzw. Jungmädchenalter. Meist liegen die Anfänge der Fußleiden in der Kindheit und Jugend.

Eltern! Erspart euren Kindern späteres Leid und betrachtet die Fußpflege als einen wichtigen Teil der Erziehung! Mit wenig Mühe und wenig Mitteln könnt ihr die Füße eurer Kinder gesund erhalten. Aber viel Mühe und viel Geld wird gebraucht, wenn es nach Jahren darum geht, kranke Füße heilen zu müssen!

Mütter und Väter, die von Fußübeln verschont sind, neigen dazu, anzunehmen, daß eine pflegliche Betreuung der Kinderfüße unnötig sei. Diese Auffassung ist falsch. Auch wenn Eltern gesunde Füße haben, können sich Fußschäden bei ihren Kindern einstellen. Größeres Verständnis werden Eltern haben, die den Wert gesunder, leistungsfähiger Füße besonders zu schätzen wissen. Das sind jene Eltern, die selbst an ihren Füßen leiden.

Wie soll die Betreuung des Kinderfußes geschehen? Hier einige Hauptregeln:

1. Solange das Kind nicht läuft, bedarf es keiner Schuhe, sondern nur weicher Hüllen als Wärmeschutz.
2. Man zwingt ein Kleinkind niemals vorzeitig weder zum Laufen noch zum Stehen, vor allem dann nicht, wenn es „rundlich“ ist.
3. Die beste Fußübung für das Kind, wenn es laufen kann, ist der hohe Zehengang. Man hält das Kind zunächst unter den Armen, bis es den hohen Zehengang frei auszuführen vermag.
4. Kinder sollen von klein auf lernen, daß ihre Füße genau so zu waschen und zu pflegen sind wie alle übrigen Teile des Körpers.
5. Man halte die Kinder an, Fußübungen zu machen. Für die Kleinkinder ist es ein Spaß, mit den Zehen Gegenstände zu ergreifen und festzuhalten, zumal wenn Mutti und Vati mitmachen.
6. Kinder sollen so häufig wie möglich barfuß laufen.
7. Eltern! Betrachtet recht oft die Füße eurer Kinder! Entdeckt ihr Druckstellen oder verhärtete Haut vor allem am Rande der Groß- oder Kleinzeh oder auf den Zehen — oder aber sind die Zehen nach dem Ausziehen der Schuhe eng zusammengepreßt, ja, wie zusammengeklebt, dann hat der Schuh begonnen, schädlich auf den Fuß einzuwirken. Das Kinderfußskelett ist aber so locker gefügt, daß schon geringste Druckauswirkungen des Schuhs genügen, um es in kurzer Zeit zu verformen.
8. Man spare nicht bei den Schuhen seiner Kinder! Ist ein Kinderschuh zu kurz und eng geworden, dann darf er nicht mehr getragen werden. Die Gewohnheit der Erwachsenen, sich ihre Schuhe „zur Saison“ zu kaufen — also im Frühjahr, Sommer und bei Einbruch der kalten Jahreszeit —, darf man nicht ohne weiteres auf die Neubeschaffung von Kinder- und Jugendschuhen übertragen. Der Zeitpunkt des Erwerbes von Kinder- und Jugendschuhen sollte allein davon abhängig gemacht werden, ob der Fuß längere und breitere Schuhe braucht. Es ist eine Sünde gegen die Füße, läßt man Kinder zu kurze und zu enge Schuhe „auftragen“! Eltern! Bedenkt, daß eure Füße nicht mehr wachsen, daß aber das Wachstum des Kinder- und Jugendfußes stetig und manchmal ruckweise vor sich geht. Dies gilt es genau zu beobachten; denn daraus ergibt sich, wann Kinder- und Jugendschuhe zu wechseln sind. Häufiger Schuhwechsel im Kindes- und Jugendalter ist auf lange Sicht finanziell sogar „rentabel“. Denn mit verunstalteten Füßen werden später die schönsten und besten Schuhe vertreten, und gewisse Folgen dieser Verunstaltungen, z. B. Fußschweiß, verkürzen die Haltbarkeit und Lebensdauer aller künftig beschafften Schuhe.
9. Vorsicht auch mit dem Brauch, dem jüngeren Kind die Schuhe des älteren zum „Auftragen“ zu geben. Oft ist es so, daß dann der kleine Fuß des jüngeren trotz einer Einlegesohle keinen Halt in dem zu großen Schuh hat. Die Gehfalten drücken, die Ferse schlüpft, es entstehen Scheuerstellen und, um diesen Belästigungen zu entgehen, nimmt der Fuß auch im Stehen Ausweichstellungen ein, die nur allzuhäufig zu bleibenden Fehlstellungen führen. Jedem das Seine — also jedem Kinderfuß den ihm gemäßen Schuh.
10. Man achte beim Kinderschuhkauf ganz besonders auf die richtige Länge und Breite des Schuhs, auf genügenden Zehenraum im Schuh, auf die Biegsamkeit und Elastizität der Sohle. Wenn bei der Schuhanprobe das Kind sagt: „Dieser Schuh drückt nicht!“ tun die Eltern gut, sich so weit wie möglich zu überzeugen, ob dieses Urteil auch wirklich stimmt. Erfahrene Schuhverkäuferinnen können nämlich immer wieder feststellen, daß die kleine Kundschaft nicht selten einen Schuh „hübsch“



Druckstellen -
seitlich gesehen

Druckstellen -
von oben gesehen



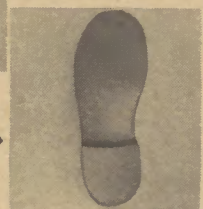
Der hohe Zehengang

Gut geformter Kindersiefel
der den Zehen
Bewegungsfreiheit läßt

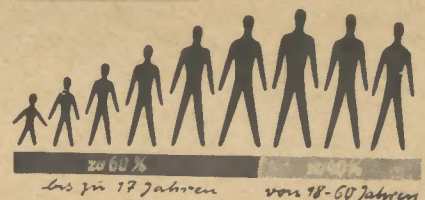


Anatomisch einwandfreie
Form eines Herrenschuhs

Zweckmäßige Sohlenform
eines Jugendschuhs



Die Sohle soll so sein, daß
sie den hohen Zehengang
ermöglicht



findet und ihn deshalb unbedingt haben möchte, auch wenn er nicht paßt. Man sollte die Eitelkeit der Kinder und Jugendlichen — vor allem der kleinen Mädchen — nicht unterschätzen. Auch diese entscheiden sich häufig, genau wie die „Großen“, mit dem Auge für ein Modell und — gegen den Fuß. Eltern! Eure Kinder werden es euch später einmal danken, wenn ihr Sorge dafür tragt, die kleinen Füße so zu stärken, daß die groß gewordenen Füße frisch und unbeschwert durchs ganze Leben schreiten können. Deshalb nochmals: Achtet auf die Füße eurer Kinder!

KULTURELLE BLITZLICHTER

Ich bin mittelreif!

Der Bundespräsident Prof. Dr. Heuß hat kürzlich auf die Widersinnigkeit des Begriffes „Mittlere Reife“ hingewiesen: entweder sei man reif oder unreif, aber für irgendeine Sache mittelreif zu sein, das könne man sich doch nicht vorstellen. Heuß wollte damit nicht nur das unkorrekte Wort treffen, sondern das überspitzte Berechtigungswesen überhaupt.

Es ist in der Tat die schwache Stelle des deutschen Schulwesens. Indem die deutsche Schule Berechtigungen vergibt, maßt sie sich die Aufgabe der sozialen Vorauslese an. Wer von ihr das Abitur erhält, hat damit den Eintrittsschein zur gehobenen Führungsschicht. Was unternimmt sie aber, um wirklich all denen, die auf Grund ihres Fleißes, ihres Könnens und ihrer Befähigung berechtigt wären, sich den Berechtigungsschein zu erwerben, die Chance des sozialen Aufstiegs zu geben?

Wir meinen die jungen Leute, deren Eltern mittellos sind und bei denen auch Schulgeldfreiheit das häusliche Defizit nicht deckt, oder diejenigen, die abseits der Kulturzentren wohnen, aber auch die Spätreifen, die mit dem zehnten Lebensjahr noch keinerlei Anzeichen eines wissenschaftlichen Strebens zeigen.

Das alles ist schon hundertmal gesagt, und es sind Ansätze genug gemacht worden, das Berechtigungsunwesen einzuschränken.

Aber neuerdings erhebt es wieder sein Haupt. Im neuen Bundesbeamtengesetz ist die Laufbahn des gehobenen Beamtenstandes mit dem Besuch einer Mittelschule gekoppelt. (Tröstlich, daß wenigstens noch gleichwertige Schullaufbahnen den Mittelschullehrgängen gleichgesetzt werden.) Gibt es denn um Gottes willen keine Prüfungsmethoden, die auch den Kandidaten ohne Schein daraufhin analysieren, ob er körperlich, geistig und seelisch das schafft, was man vom Beamten des gehobenen Dienstes voraussetzt?

WOHNUNGSTAUSCH

Pensionär bewohnt jetzt eine 5-Zimmer-Werkswohnung und wünscht dieselbe gegen eine 4-Zimmer-Wohnung mit Bad im Süden der Stadt zu tauschen. Es können nur Interessenten mit langjähriger Werkzugehörigkeit berücksichtigt werden.

Pensionärswitwe bewohnt eine 3-Zimmer-Werkswohnung in der Nähe des Borsigplatzes und wünscht eine 2-Zimmer-Wohnung im Stadtteil Hörde. Belegschaftsmitglieder, die an diesem Tausch interessiert sind, erhalten nähere Auskunft bei der Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23, Zimmer 7.

Biete:

238. 2-Zimmer-Wohnung in der Robertstraße, Miete 26,— DM.
239. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 47,— DM, Heimbaustraße.
240. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Erdgeschoß, mit Baderaum, Miete 30,— DM.
241. 2½-Zimmer-Wohnung, in Werksnähe, Miete 33,— DM.
242. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Erdgeschoß, mit Bad, in der Heimbaustraße, Miete 34,— DM.
243. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 33,— DM.
244. 3-Zimmer-Wohnung, 2 Balkone, Speisekammer, mit Garten, nahe Friedenbaum.
245. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossene Veranda, 2 Bodenräume, Obst- und Gemüsegarten, Waschküche, Trockenboden, Gas, Licht, Heizung, Kohlen- und Gemüsekeller, Garage (z. Z. vermietet), Miete 58,30 DM.

Suche:

- 2-Zimmer-Wohnung außerhalb Dortmunds.
- 2-Zimmer-Wohnung, nicht Erdgeschoß, in Werksnähe.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, nicht Erdgeschoß.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung im Vorort der Stadt.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, evtl. auch außerhalb, Wambel, Brackel, Körne.
- 4- bis 4½-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe.
- 4-Zimmer-Wohnung (wenn möglich I. Etage), Bad, Keller und evtl. Abstellraum in Dortmund oder Randgebiet. Nähere Auskunft: Werk Barop, Kutschka, Betriebsvertr. oder Pförtner I, Telefonzentrale.

Nähere Auskunft erteilt Abt. Wohnstätten, Zimmer 7.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Schwerbeschädigten ist ein Mehraufwand zuzubilligen; die Fürsorgerrichtsätze sind nur Normalmaßstab

Aus der Begründung der OVG Münster: Die Richtsätze entbinden die Fürsorgebehörden nicht von der Pflicht, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob mit der Höhe des örtlich zuständigen Richtsatzes der notwendige Lebensbedarf auch wirklich gedeckt wird.

Die Fürsorgerrichtsätze können nur einen Maßstab für Personen von durchschnittlicher Gesundheit darstellen, bei denen körperliche Unversehrtheit vorausgesetzt wird. Sie dürfen aber nicht ohne Prüfung des besonders erhöhten Bedarfs eines Schwerbeschädigten auf diesen in gleicher Weise wie auf einen Unversehrten angewandt werden. Der Fürsorgeverband hat festzustellen, welchen laufenden Mehraufwand der Kläger infolge seines Körperschadens dauernd hat. Dieser Mehraufwand hätte dem Richtsatz zugeschlagen werden müssen. Erst dann ergibt sich, inwieweit eine Hilfsbedürftigkeit noch besteht.

Das ist ja der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem alle ihre Einzelirrtümer sich ableiten: In Vergessenheit oder Verkennung der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubt sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen; im Markte, d. h. im freien Wettbewerb besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich viel vollkommener selbst reguliere, als das Eingreifen irgendeines geschaffenen Gesetzes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein.

Papst Pius XII.



„Vati, was hast Du gemacht?“

